

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



3 Rürup-Kommission und Sozialreformen: Die Union lauert mit brutalen Konzepten **7 UN-Sicherheitsrat verabschiedet Irak-Resolution: Kein Grund zur Entwarnung** **12 „Konnexität“ – ein Prinzip kommt ins Gespräch** **14 Lohnbewegung ver.di im öffentlichen Dienst: Die Lage der öffentlichen Haushalte und die Tarifforderung** **19 Die Diskussion um die Gründe für die Wahlniederlage und Krise der PDS hält an**



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 . Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 , Sozialabo: 46,80 . Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

WAS NOCH? Heute im Bundestag berichtet von einer Innenausschusssitzung des Deutschen Bundestags am 13.11: Berlin: (hib/wol) Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hat am Mittwoch im Innenausschuss an die muslimischen Kreise in Deutschland appelliert, sich aktiv in die Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terrorismus einzubringen und sich dagegen zu engagieren. „Friedliebend und unbeteiligt zu sein“ reiche nicht aus. Der Innenminister legte dar, zu hinterfragen sei dabei auch der Umgang der Kirchen mit der geforderten geistigen Auseinandersetzung. Es reiche nicht aus, die Angehörigen unterschiedlicher Religionen anzusprechen, ohne auf konfliktbehaftete Kernfragen zwischen den jeweiligen religiösen Geboten und einem menschenverachtenden Handeln einzugehen. **Kommentar:** Was für ein Weltbild beim Innenminister! Der Muslim verdächtig, außer er spitzelt fürs Ministerium.

ROMA-PROTEST: In Berlin haben rund 30 Roma das Karl-Liebknecht-Haus der PDS besetzt. Sie protestieren damit gegen weitere Abschiebungen.

Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied des Innenausschusses: In Berlin wurden Roma nach Jugoslawien abgeschoben, nach geltendem Recht und Lage-Empfehlungen. Dort droht ihnen Gefahr an Leib und Leben. Amtliche „Lageberichte“ warnen deutsche Touristen, in ex-jugoslawische Regionen zu reisen. Zugleich gilt es amtlich als unbedenklich, Roma dorthin abzuschieben. Zur Erinnerung: Sinti und Roma wurden in der NS-Zeit massenhaft ermordet, weil sie Sinti und Roma waren. Wer das heute ausblendet, handelt schuldvergessen. Es ist richtig, wenn auch Politiker alljährlich ein Mahnmal für die damals ermordeten Sinti und Roma fordern. Es ist schizophren, wenn sie zugleich hier lebende Sinti und Roma ins Ungewisse treiben. Bundesweit kämpfen seit Monaten Tausende Sinti und Roma um ein Bleiberecht. Anfang Dezember tagt die Innenministerkonferenz (amtsdeutsch: IMK). Deshalb ist es wichtig, wenn Berlins Innensenator Körting (SPD) – wie vereinbart – das Thema auf die Tagesordnung der IMK setzen lässt. Bundesrecht wird aber im Bundestag gesetzt, derzeit mehrheitlich durch SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Beide Parteien können sich daher nicht aus der Verantwortung stehlen, die sie tragen.

Auch die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer unterstützte anlässlich eines Briefes der Schriftstellerin Christa Wolf die Aktion der Roma ausdrücklich und erklärte: „Die PDS hat die protestierenden Roma in der Parteizentrale willkommen geheißen und sich für ihre Forderungen eingesetzt. Gestern haben die Berliner Sozialsenatorin Heidi Knaake-Werner, der stellvertretende Berliner Landesvorsitzende Udo Wolf, die migrationspolitische Sprecherin des Berliner PDS-Landesvorstandes Kadriye Karçi und auch ich

mit den Familien gesprochen, die von Abschiebung bedroht sind. Die Roma aus Berlin werden die Parteizentrale so lange besetzen, bis ihre Forderungen – Bleiberecht für Roma, ein Gespräch mit Innensenator Körting und der sofortige Abschiebestopp – erfüllt sind. Erhard Körting hat für den morgigen Mittwoch ein Gespräch zugesagt. Ich fordere weitere prominente Persönlichkeiten auf, sich ebenso wie Christa Wolf bei den verantwortlichen Politikern für humanitäre Lösungen des seit Jahren bestehenden Problems einzusetzen.“

KALININGRAD. Der PDS-Europaabgeordnete Dr. André Brie sieht erheblichen Nachholbedarf der Europäischen Union bei der Entwicklung eines partnerschaftlichen Verhältnisses mit Russland. „Die Brüsseler Position in der Visumfrage für Kaliningrad zeigt abermals, dass die EU nicht bereit ist, die Beziehungen auf Basis der Gleichberechtigung aufzubauen“, erklärte Brie am 10. Oktober in Berlin. Bei dem am 12. Oktober stattfindenden EU-Russland-Gipfel soll unter anderem über ein spezielles Visum für Russen bei der Reise nach Kaliningrad, das nach einem EU-Beitritt Polens und Litauens im Gemeinschaftsgebiet liegen würde, verhandelt werden. Moskau hatte eine solche Regelung für seine Exklave Kaliningrad bislang als diskriminierend abgelehnt. Nach Ansicht des PDS-Europaabgeordneten ist die EU-Strategie gegenüber Russland gescheitert. „Schon das 1994 geschlossene Partnerschafts- und Kooperationsabkommen war einseitig von den Interessen der EU-Staaten dominiert“, erklärte Brie. Auf einer solchen Grundlage sei eine stabile Entwicklung des Verhältnisses zu Moskau nicht möglich gewesen. Zudem seien die Beziehungen stark von tagespolitischen Aspekten beeinflusst worden: „Als es den USA darum ging, Russland nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in die weltweite Anti-Terror-Koalition einzubinden, stoppte die EU ihre sehr berechtigte Kritik am russischen Vorgehen in Tschetschenien. Und dies, obwohl in der ‚Demokratieklausel‘ des Partnerschaftsabkommens die Pflicht zur Achtung der Menschenrechte ausdrücklich fixiert wurde.“

Brie forderte, bei dem Russland-EU-Gipfel in Brüssel die Weichen in Richtung auf eine tatsächliche strategische Zusammenarbeit zu stellen. Dies schließe auch eine Veränderung der Warenstrukturen im gegenseitigen Handel ein. Westeuropa nehme zwar mit einem Anteil von etwa 35 Prozent den ersten Platz im russischen Außenhandel ein, allerdings würden im wesentlichen Rohstoffe geliefert. Die EU ihrerseits exportiere vor allem Maschinen und Fertigerzeugnisse nach Russland. „Wenn die EU wirkliche Partnerschaft mit Russland will, sind eine faire, verlässliche, für beide Seiten berechenbare und kooperative Politik unverzichtbar“, so Brie.

Die Union lauert mit brutalen Konzepten

Auch wir könnten leicht in den Chor jener einstimmen, die zur Zeit die Regierung runtermachen, weil das, was sie derzeit auf dem Sektor Steuer- und Finanzpolitik sowie an Sozialreformen anpackt, ist selbst mit viel gutem Willen kaum zu verteidigen. Sie verschärft das Problem, das sie lösen sollte, und lähmst die Akteure des Wirtschaftslebens: die Unternehmen, weil sie sagen, mal abwarten, welche Steuer am Ende wirklich erhöht wird, die Konsumenten von Waren und Dienstleistungen, weil sie sagen, mal abwarten, ob ich mir das am Ende überhaupt noch leisten kann.

Dabei hätte die Regierung durchaus „Fachleute“, Professoren, die irgendwie eine Idee haben, wie sich aus einer Mischung von „Neuer Mitte“, sozialer Gerechtigkeit (light) taugliche Reformen auch bei eher trüben Konjunkturaussichten umsetzen ließen. Die Regierung beruft solche Leute sogar in Kommissionen wie jetzt neuerdings das SPD-Mitglied Bert Rürup, der für die Sozialversicherungen ein Konzept erarbeiten soll. In einem im Kasten auszugsweise dokumentierten Interview mit dem Darmstädter Echo stellt er seine Ideen vor, um zugleich mitzuteilen, dass das jetzige Regierungshandeln auf dem Sektor kaum hilfreich ist.

Man weiß nicht so recht, ob man sich auf seine Vorschläge überhaupt genauer einlassen soll oder ob es so ähnlich geht,

wie mit den sogenannten Hartz-Vorschlägen. Die enthielten bekanntlich verschiedene Vorschläge, wie die Arbeitsvermittlung zu beschleunigen sei, die Arbeitsämter zu modernisieren, zwar kombiniert mit einer Lockerung des Kündigungsschutzes, aber es klang nicht alles unvernünftig. Die Realität ist aber z.B. so: Das Arbeitsamt München, so berichtete jüngst die *Süddeutsche Zeitung*, ist dermaßen überrascht von der großen Anzahl arbeitsloser Akademiker aus der IT-Branche, dass es nicht einmal schafft, pünktlich das Arbeitslosengeld an die Betroffenen auszuzahlen, geschweige denn eine qualifizierte Beratung zu geben.

Ähnlich könnte das mit den an sich interessanten Umbauplänen Professor Rürups gehen. Sie lassen sich wahrscheinlich relativ leicht realisieren, wenn der finanzielle Druck auf die Versicherungskassen nachlässt, wehe aber, der Aufschwung lässt auf sich warten und die Arbeitslosigkeit steigt weiter.

Ein Beispiel: Rürup schlägt vor, das Rentenalter schrittweise ab 2010 jährlich um einen Monat zu erhöhen. Ein solches Vorgehen ist schon einmal erfolgreich gewesen und ohne größeren politischen Aufstand über die Bühne gegangen: bei der Heraufsetzung des Rentenalters von Frauen von einst 60 Jahren auf demnächst 65 Jahre. Dass dies aber relativ geräusch-

los vor sich ging, hing mit dem für Frauen expandierenden Arbeitsmarkt zusammen. Ob aber eine solche Expansion des Arbeitsmarktes auch für ältere Beschäftigte in den nächsten Jahren zu erwarten ist? Und wenn nicht: dann muss der Rentenbeitrag weiter steigen UND die Renten gekürzt werden UND das Rentenalter in viel rascheren Schritten heraufgesetzt werden, harte Verteilungskämpfe zwischen den Generationen, die im Moment eher noch als witzige Feuilletonartikel aufscheinen, würden harte Realität.

Dito mit dem Gesundheitswesen. Sicher hat das sogenannte Schweizer Modell einen gewissen Reiz. Der Beitrag würde pro Kopf gerechnet; die Subvention der nichtverdienenden Ehefrau per Krankenkasse entfiel, die Konjunkturabhängigkeit der Beiträge wäre gemildert, eine Ausdehnung der Krankenversicherung auf Beamte, Selbständige oder gar jeden wäre leicht möglich, der von Rürup genannte Betrag von 200 Euro pro Kopf wäre deutlich unter dem jetzigen Beitrag eines Durchschnittsverdieners (ca. 340 Euro inkl. Arbeitgeberanteil). Aber: der von Rürup angedeutete Transfer aus dem Staatshaushalt, um Geringverdiener, Arbeitslose, Rentner(?) zu versichern, schafft dem Gesundheitssektor nur eine neue Abhängigkeit. Das geht, wenn die Steuern wegen florierender Wirtschaft reichlich

„Es wird wahllos irgendetwas gemacht“

Dokumentiert: Bert Rürup im Interview mit dem Darmstädter Echo, 13.11.2002

BERT RÜRUP ist einer der fünf Sachverständigen, die am Mittwoch in Berlin ihr Herbstgutachten vorgelegt haben. Außerdem ist der Darmstädter Finanzwissenschaftler Vorsitzender der neuen Reformkommission der Bundesregierung. Ihre Aufgabe ist es, bis zum Herbst 2003 „Vorschläge für eine nachhaltige Finanzierung und Weiterentwicklung der Sozialversicherung“ zu erarbeiten.

(...) ECHO: Nicht nur beim Haushalt, auch in der Sozialversicherung gibt es einen Zielkonflikt. Um die Wirtschaft anzukurbeln, müssten die Beiträge sinken. Weil die Einnahmen wegbrechen, steigen die Beiträge aber. Das macht den Faktor Arbeit teurer. Gibt es einen Ausweg aus diesem Teufelskreis?

Rürup: Es gibt immer Auswege. Nur darf man nicht glauben, dass es schnell geht. Soziale Sicherungssysteme müssen eine langfristige Lebensplanung erlauben, sonst verlieren sie ihre Legitimation. Beispiel Rente: Da wird man in den nächsten Jahren, spätestens bis 2010, etwas machen müssen. Nur ist dabei zu beachten, dass

die Reformschritte für die Betroffenen kalkulierbar sind. Man kann einem Rentner sehr viel weniger an Leistungskürzungen zumuten als einem 30 Jahre alten Beitragszahler. Denn der Rentner kann kaum noch reagieren – im Gegensatz zu dem jungen Beitragszahler. Im Übrigen wurden die Rentenleistungen in den vergangenen 25 Jahren schon in einem beachtlichen Maße zurückgenommen.

(...) ECHO: Wie lässt sich gegensteuern?
Rürup: Es gibt eigentlich nur noch eine Stellschraube, nämlich das gesetzliche Renteneintrittsalter, das zurzeit bei 65 liegt.

ECHO: Bei vier Millionen Arbeitslosen?
Rürup: Wir reden von mittelfristigen Anpassungen. Man könnte 2011 beginnen, das Zugangsalter pro Jahr um jeweils einen Monat zu verschieben. Dann hätte man in den dreißiger Jahren – genau dann, wenn die demographische Belastung am größten sein wird – ein Rentenalter von 67 erreicht. Die Heraufsetzung des Rentenalters um ein Jahr bringt eine dauerhafte Reduzierung des Beitragssatzes um 0,8 Prozentpunkte.

ECHO: Neben der Rentenversicherung ist insbesondere das Gesundheitswesen in Schwierigkeiten. (...) Gibt es noch eine Rettung für das Gesundheitswesen in seiner jetzigen Form oder brauchen wir einen radikalen Schnitt?

Rürup: Vielleicht keinen radikalen Schnitt, aber langfristig einen Regime-wechsel. Zunächst aber müssen auf der Ausgabeseite die Effizienzreserven ausgeschöpft werden.

(Rürup schlägt dazu z.B. vor, 10 Euro pro Arztbesuch, Pauschal- statt Einzelabrechnung, voller Wettbewerb für Apotheken, Vertragsärzte statt Kassenärztlicher Vereinigung, Positivliste für Medikamente, Patientenquittung, Chipkarte mit medizinischen Daten usw.)

(...) Rürup: Das Gesundheitswesen sollte langfristig nicht mehr über lohnabhängige und in die Arbeitskosten eingehende Beiträge finanziert werden, sondern über Kopfpauschalen. Damit bleibt man beim Umlageverfahren, aber die Kassenbeiträge richten sich nicht mehr nach den konjunkturabhängigen Einkommen, sondern nach den durchschnittlichen Gesundheitskosten. Derzeit ließe sich das Gesundheitssystem mit einer Kopfprämie von 200 Euro im Monat finanzieren – bei einer beitragsfreien Mitversicherung von Kindern.

ECHO: Nach diesem Modell zahlen alle das Gleiche?

Rürup: Ja.

ECHO: Auch Beamte und Selbstständige?
Rürup: Darüber können wir reden. Die 200 Euro gelten aber für den derzeitigen Versichertenkreis der gesetzlichen Kran-

fließen, was aber, wenn nicht? Die Gefahr von Zwei-Klassen-Versicherten mit Zwei-Klassen-Leistungen ist dann nicht von der Hand zu weisen.

Wir hatten eingangs gesagt, dass es leicht ist, die Regierung runterzumachen, und dabei wird in der öffentlichen Meinung leicht übersehen, mit welchen Konzepten die Unionsparteien aufwarten. Im neuen Bundestag hat die CDU/CSU-Fraktion bereits drei Anträge angebracht, die alle in irgendeiner Form die Zwangsarbeitslosigkeit für Arbeitslose propagieren und einen sozialversicherungsfreien Niedriglohnsektor fordern (siehe Dokumentation). Wer sich die Vorschläge ansieht, erkennt darin „Hartz pur“, die bei der Regierung noch vorhandenen sozialen Abfederungen verschwinden bis zur Unkenntlichkeit. Ähnliches ist bei der Reform der Sozialkassen zu befürchten. Seehofer von der CSU hat bereits ein Papier veröffentlicht, in dem er Vorschläge aufgreift, die bei Rürup enthalten sind, allerdings fehlen noch die Details.

Der Plan von Angela Merkel & Edmund Stoiber, die Regierung vor sich her zu treiben, bis die Koalition platzt, und dann durch Neuwahlen oder Große Koalition doch noch dranzukommen, erscheint in diesem Licht nicht ganz unrealistisch.

Man vermisst inzwischen doch ziemlich die PDS im Bundestag, weniger weil von ihr kluge Vorschläge zur konkreten Politik zu erwarten wären, sondern mehr deswegen, weil sie Regierung und Unionsparteien wenigstens etwas mäßigen würden.

alk

kenkassen. Für Geringverdiener muss es natürlich einen Ausgleich geben. Niemand sollte mehr als 15 Prozent seines Einkommens für den Gesundheitsschutz zahlen.

ECHO: Das bedeutet staatliche Zuschüsse für Geringverdiener?

Rürup: Ja. Es wäre sehr viel effizienter, den Ausgleich über das staatliche Steuer- und Transfersystem statt über die Krankenkassen zu organisieren.

ECHO: Der Arbeitgeber würde die Krankenversicherung nicht mehr zur Hälfte bezahlen?

Rürup: Der Arbeitgeberanteil würde steuerfrei an die Arbeitnehmer ausgeschüttet. Wesentlicher Vorteil des Kopfprämienmodells ist: Es wäre deutlich beschäftigungsfreundlicher. Ohne eine solche Umstellung sind die Reformmöglichkeiten des derzeitigen Systems relativ begrenzt.

(...) Rürup: Auch eine konzeptionelle Reform geht nicht von heute auf morgen, sondern nur Schritt für Schritt. Entscheidend ist, dass die Schritte in die gleiche Richtung gehen, dass man eine Blaupause hat. Gegenwärtig macht die Regierung sehr viele Schritte, aber ich vermag keine eindeutige Richtung zu erkennen. Wenn man aber einen Plan, eine Vision hat, kann man schrittweise auch politische Widerstände überwinden.

Dokumentiert:

CDU/CSU will Zwang zur Arbeit

Berlin: (hib/NEI) Die Betreuung, Qualifizierung, Vermittlung und Leistungsgewährung für Empfänger von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe sollen in besonderen Vermittlungsagenturen (Job-Centern) zusammengeführt werden. Dies sieht der von der CDU/CSU vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zum „optimalen Fördern und Fordern in Vermittlungsagenturen“ (OFFENSIV-Gesetz) vor (15/24). Es werde der Vorrang von Arbeit, Qualifizierung oder qualifizierender Beschäftigung vor dem Bezug von Sozialleistungen ohne Gegenleistung normiert. Ziel sei es, die Erwerbsarbeit des Einzelnen gezielt zu fördern und nicht seine Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Weiter gelte es, den Niedriglohnsektor durch die Neudeinition der Zumutbarkeit, mit Kombilohn-Modellen und durch eine neue Art der Förderung der Arbeitnehmerüberlassung für Empfänger von Hilfeleistungen stärker zu öffnen. Die Länder könnten künftig festlegen, dass nur derjenige als arbeitslos zählt, der bereit ist, auch eine gemeinnützige Tätigkeit als Arbeitslosenhilfebezieher zu übernehmen. Die Eingliederungsvereinbarungen zwischen Vermittlungsagentur und „Hilfesuchendem“ sind nach den Vorstellung von CDU/CSU so zu gestalten, dass die Leistungen, die die Vermittlungsagentur zusagt, davon abhängen, ob der „Hilfesuchende“ seine übernommene Verpflichtung einhält, heißt es in der Begründung zum Entwurf. Bei grundsätzlicher Verweigerung der übernommenen und als zumutbar eingestuften Verpflichtungen entfielen die Leistungsverpflichtungen der Vermittlungsagentur.

(Quelle: *heute im bundestag*, 7.11.2002)

Einen nahezu gleichlautenden Antrag hat das Bundesland Hessen über den Bundesrat eingebracht.

Sozialversicherungsfreie Mini-Jobs

Berlin: (hib/MAP) Angebot und Aufnahme so genannter „kleiner Jobs“ sollen durch Veränderungen im Steuer- und Sozialversicherungsrecht attraktiver werden. Dies sieht ein Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion (15/23) vor. Ziel sei es, zu hohen Steuer- und Sozialversicherungsabgaben sowie dem bürokratischen Aufwand bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen entgegenzutreten, so die Abgeordneten. Dem Entwurf zufolge soll dies in zwei Schritten geschehen. Die jetzige Geringfügigkeitsgrenze in

Höhe von 325 Euro soll zunächst auf 400 Euro angehoben werden. Diese Beschäftigungsverhältnisse sollen von der derzeitigen pauschalen Sozialversicherungspflicht in Höhe von 22 Prozent völlig freigestellt werden, heißt es. Sie seien lediglich einer Pauschalbesteuerung beim Arbeitgeber in Höhe von 20 Prozent zu unterwerfen. Dies hätte den Vorteil, so die Fraktion, dass die monatlichen Kosten der Arbeitgeber für Arbeitslöhne bis 400 Euro deutlich verringert würden. Es wird angeführt, dass der Arbeitgeber dann wohl eher bereit sei, zusätzliche Stellen im Niedriglohnbereich zu schaffen. Laut Entwurf soll dann in einem zweiten Schritt die Abgabenlast des Arbeitnehmers bei einem Arbeitseinkommen von bis zu 800 Euro monatlich von Null auf den üblichen Beitragssatz angehoben werden. Dies hätte zur Folge, dass in diesem Bereich die Belastung des Arbeitnehmers mit Sozialversicherungsabgaben deutlich reduziert würde. Darüber hinaus wäre auch der bürokratische Aufwand für den Arbeitgeber bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen auf ein Minimum reduziert. Um Missbrauch zu verhindern, sieht die Fraktion als weitere Voraussetzung für diese Entlastung eine Arbeitszeit von mindestens 20 Stunden pro Woche vor. Laut Entwurf könnte zukünftig eine Unterscheidung zwischen kurzfristiger und geringfügiger Beschäftigung im Steuerrecht entfallen.

(Quelle: *heute im Bundestag*, 7.11.2002)

Mehr Anreize zur Aufnahme von Arbeit schaffen

Berlin: (hib/NEI) Das Schaffen von Anreizen zur Aufnahme von Arbeit und die Bindung von sozialen Leistungen an Beschäftigung sowie Aus- und Weiterbildung ist das Ziel eines Gesetzentwurfs der CDU/CSU (15/46). Der Vorrang von Arbeit, Qualifizierung oder qualifizierender Beschäftigung vor dem Bezug von Sozialleistungen ohne Gegenleistung solle im Gesetz verankert werden. Weiter sei die Verschärfung der Zumutbarkeit vorgesehen. Danach werden die zumutbaren täglichen Pendelzeiten erhöht und auch gemeinnützige Tätigkeiten künftig als zumutbar angesehen. Geplant ist weiter eine zusätzliche Sanktionsmöglichkeit in Form einer Sperrzeit. Im Falle festgestellter Arbeitsunwilligkeit könne dem Hilfesuchenden demzufolge die Hilfe dauerhaft versagt werden, bis er seiner Verpflichtung nachkommt.

(Quelle: *heute im Bundestag*, 13.11.)

Hierzu gibt es auch einen Gesetzesantrag im Bundesrat aus Bayern.

Schönbohm sucht Zusammenarbeit mit Rechtsextremen

Sehr bewusst hat der Innenminister und stellvertretende Ministerpräsident von Brandenburg Jörg Schönbohm der *Jungen Freiheit* vom 15.11. ein Interview gegeben, davon kann ausgegangen werden. Als Innenminister weiß er, was er da getan hat. Er ist ja dafür zuständig, auch die *Junge Freiheit* zu beobachten. Aber er beobachtet sie nicht, sondern macht sie hoffähig und holt das Blatt aus seiner rechten Ecke heraus. Schönbohm hat gezielt einen Tabubruch begangen.

Mit Empörung haben viele kritische Geister die prominenten Interviewpartner des Blattes immer wieder zur Kenntnis genommen. Ein Innenminister bzw. stellvertretender Ministerpräsident war aber noch nie dabei. Insofern ist der Vorgang ein Tabubruch von bundesweiter Bedeutung.

Schönbohm ist über sich und die rechtsextremen Kreise etwas verbittert. Hat er doch schon immer diese Kräfte angesprochen und für die CDU zu mobilisieren versucht, so ist ihm dies nur zum Teil gelungen. Der Hinweis, die Partei seines Innenministerkollegen aus Hamburg – die Schillpartei – habe der CDU den Wahlsieg genommen, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Schillpartei erhielt mit 1,7% (bundesweit 0,8%) nach Hamburg in Brandenburg eines der besten Ergebnisse. Dazu kommt, dass in Brandenburg die NPD bei den Bundestagswahlen mit 1,5% (1998: 0,8%) ein absolutes Spitzenergebnis bekam und bundesweit nur 0,4% erhielt (alles Zweitstimmen).

Auch deshalb ist Schönbohm den Rechtsextremen einen Schritt entgegen gegangen, er muss sie direkt vereinnahmen, anders kann er die norddeutschen Rechten nicht ansprechen, und da ist die *Junge Freiheit* als Transmissionsriemen zwischen Rechtsextremen und Konservativen das richtige Mittel.

Schönbohm hat also in jeder Hinsicht keinen Beitrag zum Kampf gegen den Rechtsextremismus geleistet. Als rechter, konservativer Politiker konnte er keine rechten Kräfte binden, ja man kann sogar behaupten, er hat diese Kräfte gestärkt. Insofern sind seine Ausfälle gegen den „Aufstand der Anständigen“ ungeheuerlich und verlogen.

Er behauptet, in dieser Phase „steigen die rechtsextrem motivierten Straftaten parallel sprunghaft an. Seit dem Abflauen des ‚Kampfes gegen Rechts‘ sind auch diese Straftaten wieder rückläufig.“

Schönbohm verharmlost nicht nur die rechtsextremen Anschläge, sondern macht sogar noch die Demokraten und die Bewegung gegen Rechts für die Anschläge verantwortlich.

Schönbohm ist zu weit gegangen, aber ob das die CDU weiß?

Jörg Detjen



Auszüge aus dem Interview der *Jungen Freiheit* mit Jörg Schönbohm

Dieter Stein / Moritz Schwarz (JF): Herr Minister, die CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel nennt als Gründe für die Niederlage der Union bei der Bundestagswahl den mangelnden Erfolg der Partei in urbanen Milieus und bei jungen Leuten. Eine Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung (JF43/02) kommt dagegen zu dem Ergebnis, daß die Union bei ihrer Stammwählerschaft der über 60-jährigen die entscheidenden Prozente verloren habe.

Schönbohm: (...) Vergessen dürfen wir auch nicht die bereits erfolgten Einbürgerungen über den Doppelpass. Ich unterstelle mal, dass es Rot-Grün dabei in erster Linie um wahlaktische Entscheidungen, nicht um Integration ging. (...) Als weiterer Faktor muß das Antreten der Schill-Partei genannt werden, die immerhin fast ein Prozent bekommen hat. Wäre die nicht angetreten, dann sähen die Verhältnisse in Berlin heute ganz anders aus.

JF: Tatsächlich geht es nicht nur um Wohlstand und Rente, sondern – und das machen sich die Menschen nicht klar – um das Verschwinden der Deutschen als historische und soziale Kategorie, eben als Volk.

Schönbohm: Es ist richtig, dass wir in diesem Land eigentlich ernsthaft die Frage diskutieren müssten, ob wir wirklich das deutsche Volk schrittweise reduzieren wollen. Denn das wird in der Tat am Ende dieses Prozesses stehen. Wir würden sozusagen in den Staub der Geschichte fallen. Deshalb halte ich eben die Vorschläge zur Egalisierung aller Lebensformen für falsch und sehe gar die Pflicht, an der Familie festzuhalten. Dies gilt ebenso beim Thema Nation – schon darum, weil wir ohne die Nation die deutsche Einheit nicht erklären können. Und deshalb sind auch die heute gerne verlauchten klassischen bürgerlichen Tugenden, wie Erziehung, Leistung und Verantwortung wieder so wichtig. (...)

JF: Wie bewerten Sie das NPD-Verbots-

verfahren unter dem Gesichtspunkt seines Anlasses, des Bombenattentates auf die Düsseldorfer S-Bahn-Station im Sommer 2000, das offenbar nicht auf das Konto von Rechtsextremisten geht? Schönbohm: Ich habe bereits früher gesagt, dass ich es für unverantwortlich gehalten habe, sofort Rechtsextremisten für diese Tat verantwortlich zu machen, ohne irgendwelche Anhaltspunkte dafür zu haben. Dies gilt ebenso für den Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge einige Wochen später, der sich dann als Anschlag im Kontext des Palästina-Konfliktes herausstellte. Dennoch wurde nach dem S-Bahn-Attentat nicht zum Kampf gegen Rechtsextremismus, sondern zum „Kampf gegen Rechts“ aufgerufen. Ich habe an solchen Veranstaltungen allerdings nie teilgenommen, sondern klargemacht: „Ich nehme keine Kerze in die Hand, sondern das Schwert des Rechtsstaates“. Diese Äußerung hat mir sehr viel Ärger eingebracht, was ja schon für sich spricht. Was da insgesamt wirkte, war verordneter, moralisch überhöhter Aktionismus und der wurde schließlich sogar noch parteipolitisch gegen die CDU instrumentalisiert. Die treibenden Kräfte dabei waren die Herren Thierse und Fischer.

JF: Im Zuge des „Kampfes gegen Rechts“ gelang es, die linksradikale These, der Rechtsextremismus komme „aus der Mitte der Gesellschaft“, in der gesellschaftlichen Mitte zu verankern. Schönbohm: Mit der heißen Phase des „Aufstandes Zuständiger und Anständiger gegen Rechts“ stiegen die rechts-extrem motivierten Straftaten parallel sprunghaft an. Seit dem Abflauen des „Kampf gegen Rechts“ sind auch diese Straftaten wieder klar rückläufig. Und jetzt stellt vor allem Herr Thierse diese These auf: Da der Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft komme, fände er nun verdeckt, nicht mehr offen statt. Was damit bezweckt werden soll, ist klar: Nämlich den Diskurs der verschiedenen politischen Lager – der notwendig zu einer lebendigen Demokratie gehört – zu unterbinden, um das konservative Lager erneut matt zu setzen. (...) Das können wir nicht hinnehmen.

Rechtssenat eskaliert die Gewalt

Seit der Räumung des Bauwagenplatzes Bambule herrschen in Hamburg Zustände, die teilweise an einen Ausnahmezustand erinnern.

Gestützt auf das 1999 noch von Rot-Grün erlassene Wagengesetz, hat sich die Rechtskoalition aus CDU, FDP und Schill-Partei vor geraumer Zeit daran gemacht, nach und nach, bis spätestens 2006, alle noch existierenden Bauwagenplätze aufzulösen. Zwar werden, so heißt es, den Bewohnern der Wagen Wohnungen angeboten, doch das ist teils schlicht gelogen, teils handelt es sich um teure, kleine, WG-untaugliche Wohnungen, Häuser für Wohnprojekte, wie von den von Vertreibung und Obdachlosigkeit bedrohten Bewohnern gefordert, erhalten von der Stadt keine Unterstützung.

Die Räumung der Wagenplätze reiht sich ein in eine ganze Kette von Maßnahmen, die „Normalität“ und Autorität durchsetzen sollen: Vertreibungsmaßnahmen gegen Bettler und Drogenabhängige, Maßnahmen, die die Sozialpolitik zum Instrument von Disziplinierung und Ausgrenzung verkommen lassen, härteste Repression wie geschlossene Heimunterbringung für straffällige Jugendliche, Brechmitteleinsatz gegen mutmaßliche Dealer, Arbeitszwang gegen SozialhilfeempfängerInnen etc.

Der Räumung des größten und bereits seit 10 Jahren existierenden Platzes „Bambule“ maßen der Senat und insbesondere sein Innensenator Schill hohen Symbolwert zu. Natürlich geht es auch um Standortinteressen, konkret um den Ausbau der Messe und die Sorge, ein Bauwagenplatz in der Nähe der erweiterten Messe schädige das Geschäft. Aber hier konnte er außerdem zeigen, dass er seine Politik der Ausgrenzung alternativer Lebensweisen um jeden Preis und mit allen Mitteln durchzusetzen bereit ist. Schill war von Beginn an auf Gewalt aus. Am 4.11. wurde Bambule durch ein großes Polizeiaufgebot geräumt. Fast täglich finden seither oft phantasiereiche Protestaktionen statt. Immer wieder hetzt der Innensenator die Polizei los, um möglichst jede noch so friedliche Gegenwehr im Keim zu ersticken.

Gegen die Räumung und die staatliche Repression bildete sich ein über die allerengsten linken Kreise hin-

ausreichendes Solidaritätsbündnis, das für den 16.11. zu einer Demonstration aufrief, an der 4000 Menschen teilnahmen – Ausdruck einer spürbar wachsenden Stimmung, dass dieser Rechtssenat weg muss. Die Demonstration konnte nur unter Mühen gegen ständige Provokationen und Angriffe durch Polizei durchgeführt werden, die es, wenn auch erkennbar teils widerstrebend und von höchster Stelle immer wieder „zur Ordnung“ gerufen, darauf anlegte, die Demonstration zu zersprengen. Eine spontane Demonstration, die sich mit 1000 Teilnehmern am 18.11. nach einem St. Pauli-Spiel formierte, wurde von der Polizei zwar zunächst genehmigt, dann jedoch unprovokiert brutal angegriffen. Dabei verletzte die Polizei einen unbeteiligten Passanten so schwer am Kopf, dass zunächst Verdacht auf Lebensgefahr bestand. Über 100 Menschen wurden eingekesselt, 269 in Gewahrsam genommen.

Ein Ende der staatlichen Gewalteskalation ist nicht abzusehen. Schill, der auf der Welle fast schon pogromartiger Hetze der Springerpresse schwimmt, diffamierte auf einer Pressekonferenz pauschal den Widerstand gegen die Räumung vom Bambule als „gewalttätig“ und rief die Öffentlichkeit dazu auf, „sich unverzüglich auch räumlich von solchen Gewalttätern und professionellen Straftätern zu trennen“. Er kündigte für ganze Viertel ein Demonstrationsverbot an.

Für den 5. Dezember rufen die Gewerkschaften und zahlreiche weitere Organisationen anlässlich der Haushaltseratungen zu einer Großdemonstration gegen die Senatspolitik auf. Motto: „aufstehen für eine solidarische Stadt“. scc



Oben: die Räumung. Unten: Hamburger Karoviertel im Belagerungszustand. Bilder: Indymedia

Tagung mit Juden, Israelis, Palästinenser und Deutschen. Tagungsbericht und Abschlusserklärung

Signale aus München

Die Tagung am 16. und 17. November stand unter schwierigen Vorzeichen. Als sich rund vierzig Vertreterinnen und Vertreter jüdisch-palästinensischer Dialoggruppen aus Basel, Berlin, Brüssel, Frankfurt am Main, Leipzig, München, Solothurn, Wien und Zürich in München trafen, waren gerade die hiesigen „Palästina-Tage“ zu Ende gegangen, die in der Stadt strittige Aufmerksamkeit erregt hatten. Zur gleichen Zeit kamen aus dem Nahen Osten verheerende Nachrichten über die Ermordung von zwölf Israelis in der Nähe von Hebron, die die Regierenden in Jerusalem zu den üblichen Reaktionen veranlassten: Das Militär schlug mit der ihm zu Gebote stehenden Feuerkraft zurück, und Sharon distanzierte sich von dem „Hebron-Protokoll“, das sein innerparteilicher Rivale Netanyahu Anfang 1997 unter starkem Druck aus Washington unterzeichnet hatte. Eine weitere Runde des Blutvergießens zeichnete sich ab.

Es war deshalb alles andere denn selbstverständlich, dass sich die Teilnehmer durch diese Vorgänge in ihrem Willen nicht beirren ließen, diese Belastungen zumindest für die Stunden der gemeinsamen Arbeit hinter sich zu lassen und nach ersten Ansätzen eines Leitbildes zu suchen, das die Menschen im Nahen Osten bei der Suche nach Frieden und Koexistenz ermutigt. Dabei untermauerten schon die Berichte aus der Arbeit vor Ort das Misstrauen und die Blockaden aus jüdischen Gemeinden und palästinensischen Vereinen, aber auch die Gefahr des Beifalls von der falschen Seite. Manche der Angereisten mögen sich gefragt haben, wie stark sie daheim aufgrund ihrer Beteiligung an einer internationalen Dialogtagung unter Rechtfertigungsdruck geraten. Würden Probleme wie der Anspruch auf ein Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge und die Forderung nach dem Ende der palästinensischen Selbstmordattentate alle Vorsätze der Zusammenarbeit zum Scheitern bringen und jenen Recht geben, die schon immer zu wissen glauben, dass mit „der anderen Seite“ nicht zu reden sei? Welche Rolle würde in den Diskussionen die Neigung zum Missbrauch des Holocaust für die Begründung der aktuellen Politik spielen?

Doch Sorgen und Ängste, die gewöhnlich zur Errichtung von inneren Blockaden führen, können unter dem Druck kritischer Verhältnisse auch neue Kräfte entwickeln, über die eigene Tellerwände zu schauen und das übergeordnete Interesse in den Blick zu nehmen. Genau dies gelang in München, trotz kontroverser Diskussionen und trotz mancher Versuche, den Verlauf der Tagung mit den eigenen Themen zu dominieren. Der auf Ver-

trauensbildung und Kooperation setzen die Diskurs entwickelte sich zu einem Erfahrungsaustausch und einer Programmdebatte, die bei Respektierung der Pluralität politischer Überzeugungen die Energien zu bündeln suchten, um die Zuversicht auf einen bescheidenen Friedensbeitrag nicht untergehen zu lassen. Der Fundus reicht von Mahnwachen und öffentlichkeitswirksamer Lobbyarbeit über Veranstaltungsreihen mit Vorträgen, Filmen, Ausstellungen und Benefizkonzerten bis zur Finanzierung und Unterstützung von israelisch-palästinensischen Langzeitseminaren mit Jugendlichen und Erwachsenen, der Bereitstellung von Medikamenten für Ärzte und Krankenstationen sowie zum stellvertretenden Verkauf von Olivenöl für palästinensische Bauern, die aufgrund der israelischen Blockadepolitik um ihre Absatzmärkte im Ausland gebracht worden sind.

Tatsächlich scheinen sich besonders die Form einer alternativen Solidaritätsarbeit als öffentlich honorierte Sympathieträger zu erweisen. Die auf Aktualität und Quoten bedachten Medien sorgen zwar dafür, dass die Katastrophen umgehend bekannt werden, aber sie tragen kaum zu einem gesicherten politischen Urteil in der Öffentlichkeit bei. Daran ändern auch die unzähligen Talkshows nichts, die die Verwirrung eher fördern. Während es der Politik nicht gelingt, den Gordischen Knoten im Nahen Osten durchzuschlagen, wächst in der Bevölkerung die Bereitschaft zur praktischen Hilfe. Diese Schubkraft gilt es zu nutzen. Dass sie besonders den Palästinensern zugute kommt, verwundert unter den Bedingungen der israelischen Besetzung nicht, vielmehr werden sie von israelischen Friedensgruppen mitgetragen.

Die Signale aus München berechtigen zur Hoffnung. Juden und Palästinenser sowie Israelis und Araber, die im deutschsprachigen Mitteleuropa leben, haben den Mut besessen, haben den Versuch unternommen, zueinander Vertrauen zu fassen, statt sich voneinander abzugrenzen. Dass dabei nicht alle strittigen Probleme geklärt, ja dass manche sogar bewusst ausgeklammert wurden, muss kein Zeichen der Schwäche bedeuten. Wichtig bleibt freilich, dass sich die zutage tretenden Chancen und Erwartungen nicht in Ideologien erschöpfen, die nach Klarheit statt Einheit rufen, sondern dass sie in eine langfristige Programmplanung übergehen. Alle Beteiligten waren sich darin einig, dass die Menschen im Nahen Osten zur Regelung ihrer Konflikte nach Zeichen der aktiven Verbundenheit und den praktischen Hilfen von außen rufen. Eine erste gemeinsame Plattform ist erstellt. Das nächste Treffen soll im Frühjahr 2003 in Berlin stattfinden.

Reiner Bernstein

Quelle: www.friedensratschlag.de

Schlusserklärung vom 17. 11.2002

Auf Initiative der Jüdisch-Palästinensi-

schen Dialoggruppe München, die 1985 von Juden aus dem deutschsprachigen Raum und aus Israel sowie von Palästinensern gegründet wurde, trafen sich am 16/17. November 2002 in München Vertreterinnen und Vertreter aus 13 Gruppen sowie Einzelpersonen aus Deutschland, der Schweiz, Österreich und Belgien mit dem Ziel, sich näher kennen zu lernen, Arbeitserfahrungen auszutauschen und gemeinsame Aufgaben abzusprechen.

Sie sind sich darin einig, mit ihren Mitteln zu einer friedlichen Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts beitragen zu wollen. Für das Verhältnis zwischen Israel und den Palästinensern muss eine friedliche Lösung auf der Grundlage der UNO-Resolutionen und des Völkerrechts gefunden werden. Nach unserer Überzeugung müssen die im Völkerrecht vorgesehenen Mittel eingesetzt werden, um die entsprechenden UN-Resolutionen durchzusetzen, damit ein gerechter Frieden in folgenden, zeitlich abgestimmten Schritten herbeigeführt wird:

- Beendigung der israelischen Besetzung, Auflösung der nach den Junikrieg 1967 errichteten Siedlungen und Gründung eines souveränen Staates Palästina in der Westbank, im Gasastreifen und in Ost-Jerusalem als Hauptstadt auf der Basis der Grenzen vom 4. Juni 1967;
- Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems auf der Grundlage der UN-Resolution 194 (III) vom 11. Dezember 1948 sowie bilateraler und multilateraler Vereinbarungen;
- sofortiges Ende der ständigen Menschenrechtsverletzungen und der Strangulierung der Bevölkerung, denen die palästinensische Bevölkerung durch Israel ausgesetzt ist;
- Herstellung der individuellen und kollektiven Ebenbürtigkeit der arabischen Staatsbürger Israels in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur;
- Normalisierung der Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Israel.

Wir verurteilen jede Anwendung von Gewalt und Terror, sei es von Seiten der Staaten, Individuen oder Organisationen gegen Unschuldige. Die palästinensischen Selbstmordattentate sind auf die israelische Politik zurückzuführen.

Wir appellieren an die USA und die Europäische Union, ihr politisches und wirtschaftliches Gewicht stärker als bisher für friedliche und gerechte Lösungen im Nahen Osten einzusetzen. Dazu gehört vor allem der israelisch-palästinensische Konflikt.

Wir unterstützen voll die Aktivitäten von israelischen und palästinensischen Friedensgruppen, die sich für die Zivilgesellschaft einsetzen.

Die in München versammelten Gruppen haben beschlossen, in ständigem Kontakt zu bleiben, um verstärkt ihre Erfahrungen auszuwerten und punktuelle Aktivitäten zu koordinieren.

UN-Sicherheitsrat verabschiedet Irak-Resolution

Kein Grund zur Entwarnung

Nach wochenlangen Beratungen hat der UN-Sicherheitsrat auf Antrag der USA und Großbritannien am 8. November einstimmig die Resolution 1441 angenommen. Der Irak hat den mit der Resolution beschlossenen Abrüstungsinspektionen ohne Bedingungen oder Einschränkungen zugestimmt und auch den Zeitplan für die Inspektionen akzeptiert. Der sieht vor, dass am 27. November die ersten Inspektionen beginnen und die Inspektoren nach 60 Tagen einen ersten Bericht vorlegen. Der Irak muss nach dem Zeitplan bis zum 8. Dezember dem UN-Sicherheitsrat eine vollständige Liste vorlegen, die u.a. alle ABC-Waffen, Raketen, chemischen und biologischen Komponenten, die auch für militärische Zwecke genutzt werden können, umfasst.

Die irakische Regierung bekräftigte in ihrem Schreiben frühere Versicherungen, seit dem Abzug der Inspektoren 1998 keine Massenvernichtungswaffen produziert zu haben oder zu besitzen. Dies würden die Inspektionen nun beweisen können. Dann sei es am Sicherheitsrat, die UN-Resolutionen zum Irak vollständig durchzusetzen und das Embargo und jede andere Sanktion gegen den Irak aufzuheben. – Unabhängig von der Annahme der Resolution des Sicherheitsrats kündigte die irakische Regierung eine Stellungnahme an, mit der sie auf Widersprüche der Resolution zum Völkerrecht, zur UNO-Charta und zu früheren Irak-Resolutionen hinweisen will.

Großer Spielraum für Interpretationen

Wie ist die Resolution zu bewerten? Der Bundesausschuss Friedensratschlag schreibt in einer Stellungnahme: „Wichtig aus Sicht der Friedensbewegung sind einmal der zeitliche Korridor (60 Tage für den Bericht der Waffeninspekteure), der die unmittelbare Kriegsgefahr zumindest etwas entschärft, und zum anderen die Bestimmung, dass nicht ein einzelner Staat, sondern der UN-Sicherheitsrat allein zu ‚bewerten‘ hat, ob Irak die Resolution ‚vollinhaltlich‘ befolgt oder nicht (Ziffern 4, 11 und 12).“¹ Andererseits ließen viele Formulierungen in der Resolution einen großen Spielraum für unterschiedliche Interpretationen übrig. Tatsächlich umschreibt schon der Begriff der „erheblichen Verletzung“, die „ernsthafte Konsequenzen“ nach sich ziehe, ein so weites Feld, dass der Interpretation Tor und Tür geöffnet ist. Wenn jede falsche Angabe oder Auslassung, jegliches Versäumnis des Irak, die Resolution zu befolgen oder bei ihrer Durchführung un-

eingeschränkt zu kooperieren, als „erhebliche Verletzung“ gilt, lassen sich beliebige Vorkommnisse oder Versäumnisse als Vorwand zum Krieg herrichten. Hinzu kommt, dass die Verpflichtungen des Irak gegenüber früheren Resolutionen enorm verschärft wurden. Die Berichtspflicht erstreckt sich jetzt nicht nur auf die Rüstungsprogramme, sondern auf „alle Aspekte seiner Programme zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen“, nicht mehr nur auf das Verbot ballistischer Raketen mit einer Reichweite von mehr als 150km, sondern auf ballistische Flugkörper und andere Trägersysteme wie unbemannte Luftfahrzeuge und Ausbringungssysteme, nicht mehr nur auf Komponenten und Subkomponenten, sondern auf „Agenzien und dazugehöriges Material“, was immer damit gemeint ist. Selbst der Vorsitzende der Inspektionsgruppe Hans Blix hält es für unwahrscheinlich, dass ein so umfassender Bericht bis zum 8. Dezember akkurat und vollständig zusammengestellt werden kann.

Weitere Verschärfungen sind dadurch gegeben, dass die UN-Kontrollorgane nicht nur jeden an einem beliebigen Ort verhören, sondern auch Befragungen innerhalb und außerhalb des Iraks durchführen und die Ausreise der Befragten und ihrer Angehörigen erzwingen können. Anders als bisher haben nun auch die Präsidentenpaläste den Inspektoren offen zu stehen. Schließlich soll die Sicherheit der Inspektoren durch eine ausreichende Zahl von Sicherheitskräften der UNO gewährleistet werden. Der Irak hat dabei weder auf die Zahl dieser Sicherheitskräfte noch auf ihre Zusammenfluss Einfluss, muss sie aber ebenso bezahlen wie den gesamten Kontrollapparat. Im Dunkeln bleiben die Grenzen des Rechts der Inspektoren, ganze Gebiete zu „Geschlossenen Zonen“ zu erklären, in denen der Irak alle Bewegungen in der Luft und am Boden einstellen muss.

Der Völkerrechtler Prof. Dr. Graefrath von der Humboldt-Universität kommt in einer Analyse der Resolution zu dem Schluss, „dass die weitere Verschärfung des ohnehin rigiden Abrüstungs- und Kontrollsystens durch die Resolution 1441 mit ihren vagen Begriffen und offenen Kompetenzen beliebig neuen Konfliktstoff schaffen wird. Das System ist so demütigend wie möglich ausgestaltet, nahezu unzumutbar für ei-

nen Staat, dem versichert wird, dass seine Souveränität respektiert wird. Es wurden keinerlei Sicherheiten für den Irak erörtert oder gar beschlossen, um einen erneuten Missbrauch des Kontrollsystems für amerikanische Militärspionage auszuschließen, obgleich das angesichts der Erfahrungen mit UNSCOM und der offenen Ankündigung eines Angriffskrieges gegen den Irak als vertrauensbildende Maßnahme dringlich notwendig gewesen wäre.“²

Kriegsgefahr nicht gebannt

In der bereits zitierten Stellungnahme kommt der Bundesausschuss Friedensratschlag „zum Ergebnis, dass die Kriegsgefahr längst nicht gebannt ist“. Die Friedensbewegung sei weiterhin gefordert, alles zu tun, um den drohenden Krieg zu verhindern. Im November, Dezember und Januar sollten vielfältige Aktionen des Protestes einschließlich des zivilen Widerstands unter anderem vor den militärischen und politischen Einrichtungen der USA und Großbritanniens als den beiden Hauptkriegstreibern stattfinden. Für den 8. Februar schlägt der Friedensausschuss zwei große Manifestationen in München – für den süddeutschen Raum – und Berlin vor.

Es gibt tatsächlich keinen Grund zur Entwarnung. Zwar sehen viele die gegenüber den vorherigen Resolutionsentwürfen der USA und Großbritanniens entschärzte Resolution 1441 als Chance für die Erhaltung des Friedens und Zurückweisung der Kriegspläne. Dass die

UN-Kommission zur Waffeninspektion mit einer ersten 27-köpfigen Delegation in Bagdad eingetroffen ist und die Inspektionen in wenigen Tagen beginnen, das hindert die USA und Großbritannien selbstverständlich, Luftangriffe zu starten, solange eben die Inspektoren im Lande sind. Aber das Ziel der US-Politik ist auch nicht der Krieg, sondern die Unterwerfung des Iraks, seine Kontrolle, nicht nur seine Abrüstung von Massenvernichtungsmitteln, sondern seine Entwaffnung und die Errichtung eines abhängigen Regimes. Dem steht die UN-Resolution aufgrund ihres demütigen, legitimen Interessen den Irak nicht berücksichtigenden Charakters nicht entgegen.

Allerdings haben die Kriegstreiber womöglich ein größeres Problem. Die „Neue Zürcher Zeitung“ (16.11.) kommentierte die Stellungnahme der irakischen Regierung, dass die Inspektionen nun beweisen könnten, dass der Irak nicht über Massenvernichtungsmittel verfüge, mit den Worten: „Das ist ... die Crux des multilateralen Wegs, den Präsident Bush eingeschlagen hat.“ Was ist, wenn die Inspektoren die ABC-Waffen und entsprechenden Produktionsstätten nicht vorfinden, deren Existenz sie behaupten? Dann kann der UN-Sicherheitsrat die Aufhebung des Embargos und der anderen Sanktionen und die Wiederherstellung der vollen Souveränität des Iraks kaum verweigern. Selbst die mächtigste Supermacht könnte kaum einen Angriffskrieg führen, wenn ihre Legitimationsversuche so den Boden verloren hätten.

Schon die ersten Reaktionen nach Verabschiedung lassen die Strategie der USA erkennen. Die Bush-Regierung treibt nicht nur den Truppenaufbau an der Golfregion voran und verstärkt so den Druck auf den Irak. Zweimal innerhalb von 36 Stunden provozierten US- und britische Militärflugzeuge in den sogenannten Flugverbotszonen³ in Nord- und Südirak „Zwischenfälle“. Nach angeblichem Beschuss bombardierten die Kampfflugzeuge angebliche Radarstellungen. Die USA haben die „Zwischenfälle“ postwendend als „schwer wiegenden Verstoß“ gegen die UN-Resolution bezeichnet. Dem widersprachen zwar UN-Generalsekretär Annan und Russland. Aber was kann die USA hindern, die Provokationen zu verstärken und immer neue und schwer wiegendere Verstöße zu produzieren? Um so Vorbände für den Krieg zu schaffen, wenn sie auf anderem Weg nicht zum Ziel kommen?

scc

1 www.friedensratschlag.de

2 „So demütigend wie möglich für den Irak. Die UN-Resolution 1441 zwischen Krieg und Frieden. Eine Textanalyse.“ In: Junge Welt, 13.11.02

3 Das Konzept der Flugverbotszonen, die die Souveränität des Iraks auf gut die Hälfte seines Territoriums reduzieren, geht übrigens nicht auf UN-Resolutionen, sondern auf Entscheidungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs zurück.



Anhaltende Antikriegsdemonstrationen: Am letzten Wochenende demonstrierten u.a. 10.000 in Brüssel



Fort Benning: 10.000 gegen die School of Americas

Zum wiederholten Male fanden im US-Bundesstaat Georgia Aktionstage gegen die School Of Americas (SOA) statt, an denen sich diesmal bis zu 10.000 Menschen beteiligten. Nach ersten Protesten vor 2 Jahren wurde die SOA in Western Hemisphere Institute for Security Cooperation umbenannt. In der SOA wurde ein Großteil der Folterer und Truppen lateinamerikanischer Diktaturen ausgebildet. Auch einige Diktatoren selbst wurden dort für ihren blutigen Job ausgebildet. Im Vorfeld gab es mehrere Repressionsversuche gegen die Aktivisten. Dennoch konnte die Stimmung nicht getrübt werden. Mit den Protesten ist es erneut gelungen, diese Einrichtung an die Öffentlichkeit zu zerren. (Quelle: www.Indymedia.de)

Ecuador: Aufhebung des Freihandelsabkommens ALCA gefordert

Vertreter indigener, sozialer, gewerkschaftlicher und ökologischer Organisationen sowie Intellektuelle verschiedener Staaten Amerikas forderten auf dem Kontinentalen Treffen gegen die gesamt-amerikanische Freihandelszone ALCA (Área de Libre Comercio de las Américas) von den Wirtschafts- und Handelsministern des 7. Ministertreffens die Einstellung der ALCA-Verhandlungen. Zuvor hatte am 31. Oktober eine große internationale Protestveranstaltung stattgefunden. Zum ersten Mal sah man sich bei einem ALCA-Gipfeltreffen durch den starken sozialen Druck gezwungen, Vertreter der Bevölkerung zu empfangen. Üblicherweise tagen Regierungsvertreter und Unternehmer hinter verschlossenen Türen und werden von der Polizei militärisch abgeschirmt.

Leonidas Iza, Präsident der Vereinigung indigener Völker Ecuadors CONAIE (Confederación Nacional de Indígenas del Ecuador), erklärte, dass sie gekommen seien, um den Teilnehmern des Gipfels in aller Klarheit mitzuteilen, dass Millionen Bewohner Lateinamerikas entschieden gegen die ALCA seien. Er betonte, dass die Verhandlungen undemokratisch vonstatten gegangen seien. Sie seien geheim geführt worden, indem man der Bevölkerung den Rücken zugekehrt habe und weder die Nationalkongresse noch die Bevölkerungen informiert oder gar zu Rate gezogen habe. Da bei sei ja gerade über das weitere Schicksal der Völker verhandelt worden. Daher habe die internationale Tagung in Quito

beschlossen, ein Referendum auf dem Kontinent durchzuführen, um Millionen von Frauen und Männern für oder gegen die ALCA stimmen zu lassen.

(Quelle: Poonal www.npla.de)

Frankreich: unterschiedlichen Reaktionen auf Einführung der 35-Stunden-Woche

Weibliche Führungskräfte in Frankreich zeigen sich von allen Berufsgruppen mit der Einführung der 35-Stundenwoche am meisten zufrieden. Die Verkürzung der Arbeitszeit erlaubt es den Frauen, Arbeit und Privates besser miteinander zu verbinden, so schreibt zumindest das Statistikamt Insée. Klagen kommen allerdings von alleinstehenden Beschäftigten mit einfacheren beruflichen Qualifikationen, die anstelle einer kürzeren Arbeitszeit mehrheitlich Lohnheröhungen vorgezogen hätten. Als Folge der Einführung der 35-Stunden-Woche sind in Frankreich rund 300.000 Arbeitsplätze neu entstanden. (Quelle: FAZ)

Schlag gegen öffentliche Gesundheitsversorgung

Frankreich. Bislang blieben der konservativen Regierung in Paris größere soziale Konflikte erspart. Das könnte sich nun ändern. Der Sozialminister François Fillon erklärte in der vergangenen Woche, dass die Vorruststandesregelungen „eine Katastrophe für die nationale Ökonomie“ darstellten. Die Franzosen müssen sich daher auf ein längeres Arbeitsleben für die Rente vorbereiten. Wenige Tage zuvor hatte der Fraktionsvorsitzende

der bürgerlichen Einheitspartei UMP, Jacques Barrot, angeregt, dass die gesetzliche Krankenversicherung sich künftig auf „schwere Krankheiten“ beschränken solle. Den Rest könne auch eine private Versicherung übernehmen – für jene, die sich das leisten können und wollen. Die Generalsekretärin der Kommunistischen Partei Frankreichs, Marie-George Buffet, sprach daraufhin von einer „Kriegserklärung gegen unser Gesundheitswesen“. Mehrere Gewerkschaften bereiten sich nun auf einen Warnstreik am 26. November vor. Ferner plant die CGT einen Streik- und Aktionstag im Dezember.

USA: Massenentlassungen im Staatsapparat

Die US-Regierung will in den kommenden Jahren 850.000 Leute entlassen und deren Tätigkeiten durch Arbeiter und Arbeiterinnen privater Ausbeutungsunternehmen ausführen lassen. Die Aktion betrifft fast die Hälfte aller zivilen Beschäftigten der Bundesregierung. Betroffen von den Entlassungen sind fast ausschließlich Frauen und Männer, die in den handwerklichen Berufen wie Gärtner und Gärtnerinnen, Drucker u.ä. Berufen arbeiten. Schlechtere tarifliche Lohn- und Arbeitsbedingungen im privaten Sektor sind Grund für die Entlassungen. Auf großen Widerstand stoßen die Pläne bei den Gewerkschaften im öffentlichen Dienst in den USA. Dort wird das Vorhaben der Bundesregierung als „Kriegserklärung“ an die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes gewertet. (Quelle: FAZ)

Großbritannien: konsequenlose historische Einsichten

Der britische Außenminister Straw kommt zu interessanten Einsichten über die Rolle Großbritannien in der Geschichte. „Viele Probleme mit denen wir uns heute auseinandersetzen müssen, sind eine Konsequenz unserer Kolonialvergangenheit“, sagte er in einem Gespräch mit dem britischen Magazin „New Statesman“. Dort konkretisierte er auch die verheerenden Auswirkungen der britischen Politik. „Indien-Pakistan – da haben wir einen ziemlich schweren Fehler gemacht. Das ist eine schlimme Geschichte für uns. Afghanistan da haben wir eineinhalb Jahrhunderte lang eine nicht gerade glorreiche Rolle gespielt.“ Die katastrophale Situation im Nahen Osten und die Widersprüche in Zimbabwe rechnet Straw auch auf das britische Schuldenkonto. Zieht der englische Außenminister draus irgendwelche Konsequenzen? In dem Interview ist davon nichts zu sehen. Als Anhänger des US-Imperialismus wandelt die englische Regierung auf dem gleichen Pfad wie in ihrer bisherigen Kolonialgeschichte. (Quelle: FAZ)

Zusammenstellung: hav

HAMBURG. 2000 Studierende aller Hamburger Hochschulen demonstrierten am 7.11.2002 mit Unterstützung von SchülerInnen (hauptsächlich von der Ida-Ehre-Schule) gegen das am Montag vom Senat beschlossene „Hochschulmodernisierungsgesetz“. Die Bürgerschaft entscheidet im nächsten Jahr. In einer Erklärung der Landes-Asten-Konferenz heißt es: „Unsere Kritik bezieht sich im Wesentlichen auf die Einführung von Studiengebühren, den erschweren Hochschulzugang, die nicht zu rechtfertigende Entdemokratisierung der Hochschulen, die Einschränkung der Hochschulautonomie und die Verschärfung der Studienbedingungen, die einem freien und selbstbestimmten, wissenschaftlichen oder künstlerischen Studium im Wege stehen. Die Novelle stärkt nicht die Autonomie der Hochschulen, sondern schränkt diese empfindlich ein.“

www.ast.a.uni-hamburg.de



Gießener Verwaltungsgericht urteilt: Unis dürfen Daten nicht weitergeben

GIESSEN. Das Urteil des Gießener Verwaltungsgerichtes vom 8. November 2002, das die Weitergabe der Daten des marokkanischen Klägers einstweilig untersagt, hat Präzedenzwirkung für die Weitergabe und Auswertung aller Datensätze. Sehr deutlich gemacht haben die zuständigen Richter ihre verfassungsrechtlichen Bedenken gegenüber der Rasterfahndung. In einem offenen Brief verlangt der AStA der Goethe-Universität Frankfurt gemeinsam mit anderen hessischen Studierendenvertretungen die Lösung aller bisher gesammelten Datensätze. Weiterhin fordern die hessischen AStern den Rücktritt von Innenminister Bouffier.

In der Begründung der einstweiligen Anordnung auf Nichtherausgabe der Daten stellt das Verwaltungsgericht Gießen zahlreiche Punkte klar:

- die Hochschulen hätten die Vereinbarkeit des Amtshilfeersuchens mit dem Datenschutz prüfen müssen, dies ist nicht geschehen
- das hessische LKA ist nach dem Hessischen Gesetz zur Sicherheit und Ordnung (HSOG) für die Maßnahme der Rasterfahndung gar nicht zuständig, für terroristische Straftaten sei grundsätzlich der Generalbundesanwalt zuständig
- Geburtsort, Geburtsland und Staatsangehörigkeit von ehemaligen Studierenden dürfen nicht übermittelt werden, da schon eine Speicherung bei der Hochschule rechtswidrig sei
- eine Zweckänderung der Daten, nämlich der Abgleich und die Speicherung in einer Datenbank des Bundes, sei rechtswidrig – verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Rasterfahndung ergeben sich aus dem Fehlen einer konkreten Gefahrensituation; nur eine solche könnte den Eingriff in das Grundrecht auf informelle Selbstbestimmung rechtfertigen.

Derzeit halten neben den Universitäten Gießen und Marburg auch die Fach-

hochschulen in Frankfurt am Main, Fulda, Gießen und Wiesbaden die Daten ihrer Studenten aufgrund rechtlicher Bedenken zurück. Mit einer Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof in Kassel will Hessen jetzt die Rasterfahndung an seinen Hochschulen retten. Der Sprecher Michael Bußer vom Innenministerium in Wiesbaden erklärte am 11. November, wegen der aktuellen Gefahrenlage sei die Rasterfahndung nach wie vor notwendig.

www.stud.uni-giessen.de/asta

Flugblattaktion gegen eine Videoüberwachung der Hörsäle

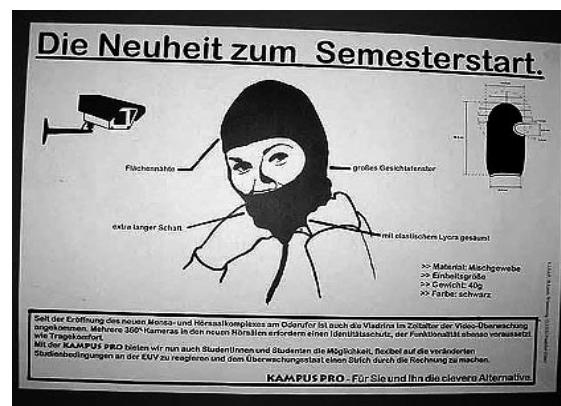
FRANKFURT (ODER). Die Eröffnung des neuen Mensa- und Hörsaalplexes der Europa Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) nahmen am 8. November 2002 Frankfurter Aktivisten zum Anlass, gegen die zunehmende Videoüberwachung an Hochschulen zu protestieren. Das zum Semesterstart in Betrieb genommene Gebäude ist nämlich in allen Hörsälen mit z.T. mehreren 360°-schwenkbaren Überwachungskameras ausgestattet. Der Zweck der Kameras bleibt unklar. Zweifel kommen zumindest bei der Darstellung des Technischen Personals der Uni auf, die behaupten, das die Kameras lediglich der Übertragung von Vorlesungen in andere Räume bzw. der Aufzeichnung dieser fürs Internet

dienen. Gegen diese Erklärung spricht nicht nur der Kameratyp, sondern auch die Anordnung der Kameras im Raum. So befindet sich immer mindestens eine Kamera im hinteren Teil des Hörsaals, weit entfernt des Podestes, aber mit gutem Blick in die Reihen der StudentInnen.

Da es die Uni nicht für nötig hielt, wenigstens mit Hinweisschildern auf die Kameras hinzuweisen, wurde dies nun von den Gästen des Hauses übernommen, was wiederum das Personal auf den Plan rief, welches die Schilder schnellst möglich wieder entfernte.

Parallel dazu, tauchten in und um die Uni zahlreiche Werbeplakate für Sturmhauben des Typs KAMPUS PRO auf (*Bild*). Zitat: „Mit der KAMPUS PRO bieten wir nun auch StudentInnen und Studenten die Möglichkeit, flexibel auf die veränderten Studienbedingungen an der EUV zu reagieren und dem Überwachungsstaat einen Strich durch die Rechnung zu machen.“ Die Forderungen bei der Aktion lauteten: „Wir erwarten von der Uni-Leitung mehr Transparenz über die Kamerabenutzung in all ihren Gebäuden. Dass heißt zunächst: Was wird aufgezeichnet? Wann wird aufgezeichnet? Wer sichtet die Bänder? Und wir erwarten, dass die Uni die Studierenden und Gäste des Hauses über die Kameras nicht länger in Unwissenheit lässt.“

www.inforiot.de



Demonstration gegen die I.G. Farben am 18. Dez.

FRANKFURT A.M. Vier Monate zu spät will die I.G. Farben AG „in Auflösung“ am 18. Dezember in Frankfurt am Main ihre diesjährige Hauptversammlung abhalten. Die seit mehr als 50 Jahren fällige Liquidierung der Firma steht jedoch weiterhin nicht auf der Tagesordnung. Überlebende Zwangsarbeiter, Kritische Aktionäre und zahlrei-

che antifaschistische Organisationen kündigen deshalb Proteste gegen das Aktionärstreffen an, das erneut in der Stadthalle des Frankfurter Vororts Bergen-Enkheim abgehalten wird.

In die bundesweite Entschädigungsstiftung hat die Firma nicht eingezahlt und verweigert dies auch für die Zukunft. Eine eigene Stiftung der I.G. Farben wurde zwar kürzlich gegründet, ist aber von der Auszahlung erster Gelder offenbar noch weit entfernt. „Das Restvermögen der I.G. Farben gehört den überlebenden Zwangsarbeitern und muss sofort ausgezahlt werden“, fordert die Vorsitzende des Auschwitz-Komitees, Esther Bejarano.

Die Demonstration beginnt am 18. Dezember 2002 um 8 Uhr vor der Stadthalle Bergen-Enkheim, Marktstraße 15.

www.kritischeaktionare.de

Großraffia gegen Münchner Kurden – Protest des MED-Kulturhauses

MÜNCHEN. In einer großangelegten Durchsuchungsaktion hat der Münchner Staatsschutz am 14. November ab sechs Uhr früh stundenlang den kurdischen Kulturverein MED-Kulturhaus in der Landsbergerstraße 139 sowie über 30 Privatwohnungen von Vereinsmitgliedern durchsucht. Dabei wurden eine Vielzahl von Computern, Mobiltelefonen, Faxgeräten und Zeitschriften beschlagnahmt. An der Razzia waren nach Schätzungen der Betroffenen mindestens 150 Beamte beteiligt. Die Räumlichkeiten des erst in diesem Sommer eröffneten Vereins wurden von der Polizei in völlig verwüstetem Zustand hinterlassen. Mindestens fünf Personen wurden vorübergehend festgenommen.

Als Grund für die Durchsuchungen nannte die Polizei den Verdacht auf Unterstützung der Kurdischen Arbeiterpartei PKK im Jahr 2001. Dass die PKK sich vor mehreren Monaten bereits in den Kongress für Freiheit und Demokratie Kurdistans KADEX umbenannt hat, scheint den Ermittlungsrichtern am Münchner Amtsgericht entgangen zu sein. Private Kontoauszüge der Frau eines Vereinsmitgliedes wurden unter dem Vorwand beschlagnahmt, von dem Konto wären Mitgliedsbeiträge an die Deutsch-Kurdische Gesellschaft e.V. getätigten worden. Die Deutsch-Kurdische Gesellschaft e.V. ist ein völlig überparteilicher Zusammenschluss, dem neben Kurden verschiedener politischer Richtungen auch Rechtsanwälte, Journalisten und Politiker aus SPD, PDS und Grünen angehören.

Obwohl das MED-Kulturhaus sich seit seiner Gründung an die deutschen Gesetze hält und mit seinem vielfältigen Kultur- und Veranstaltungsbereich für die Integration kurdischer Emigranten eintritt, werden seine Mitglieder wie Terroristen verfolgt. Der Vorstand des MED-Kulturhauses protestiert auf das Schärfste gegen die fortlaufende Terrorisierung von politisch aktiven Kurdinnen und

Kurden durch die Münchner Polizei. Die Großraffia ist ein Schlag sowohl gegen das friedliche Zusammenleben von Emigranten und Deutschen in München, als auch ein erneuter Anschlag auf alle Bemühungen um eine politische und demokratische Lösung der kurdischen Frage.

www.nadir.org/nadir/aktuell

Bleiberechtskampagne von Pro Asyl und vielen Flüchtlingsgruppen

BERLIN. Am 1. Januar soll nun das neue Zuwanderungsgesetz in Kraft treten. Doch ein sicheres Aufenthaltsrecht ist für viele Geduldete nicht in Sicht. Deshalb fordert PRO ASYL mit vielen Flüchtlingsräten eine unbürokratische Bleiberechtsregelung, die allen Menschen, die lange in Deutschland leben, die Chance auf ein Leben in Sicherheit und Würde gibt. Zu der Bleiberechtskampagne erklären sie: „Wir bringen die Schicksale von Geduldeten mit Anzeigen, Plakataktionen, Broschüren und rechtlichen Umsetzungsvorschlägen in die Öffentlichkeit. Eine politische Diskussion muss in Gang gesetzt werden, um diese Menschen vor der Abschiebung zu schützen und ih-



nen ein dauerhaftes Bleiberecht zu sichern. Um Erfolg zu haben, benötigen wir mit unserer Kampagne „Hier geblieben! Recht auf Bleiberecht!“ Ihre Unterstützung. Unser Anliegen an Sie: Setzen Sie sich persönlich für eine humane Bleiberechtsregelung ein. Senden Sie den Musterbrief mit unserer Forderung an den Innenminister Ihres Bundeslandes. Wenn sie persönlich geduldete Menschen kennen, schreiben Sie einen individuell verfassten Brief. Sie sind besonders wirksam.“

www.proasyl.de

6000 Unterschriften für die Rückkehr der Familie Özdemir

SAARBRÜCKEN. Anlässlich des Jahrestages der Abschiebung der kurdischen Familie Özdemir fand am 15. November eine Protestveranstaltung mit Redebeiträgen vor der Staatskanzlei des Saarlandes in Saarbrücken statt. Dabei wurden auch die 6000 Unterschriften ausgestellt, die Ministerpräsident Peter Müller bisher nicht entgegennehmen wollte.

Die Familie Özdemir wurde am 15. November letzten Jahres nach 14 Jahren aus dem Saarland in die Türkei abgeschoben – während laufender Gespräche des saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller (CDU) mit dem Präses der Rheinischen Landeskirche, Manfred Kock. Seit einem Jahr finden regelmäßige Mahnwachen für die Rückkehr der Familie Özdemir in Wadern statt. Die Mahnwachen wurden bisher unter anderem von kirchlichen Gruppen, Schüler- und Studenteninitiativen bis hin zu saarländischen Politikern, so vom Landes- und Fraktionsvorsitzenden der SPD, Heiko Maas, und dem Bundestagsabgeordneten der saarländischen Grünen, Hubert Ulrich und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gestaltet. Zuletzt hatte der AStA der Katholischen Fachhochschule für Sozialwesen in Saarbrücken am 8. November die Patenschaft der Mahnwache übernommen.

www.familie-oezdemir.de

1200 Menschen blockierten fünf Stunden lang die Castor-Strecke

GORLEBEN. Über 1200 Menschen haben in der Nacht zum 14. November für mehrere Stunden die Castor-Transportstrecke von Dannenberg nach Gorleben blockiert. „Diese Blockade hat wie viele andere Aktionen in den letzten Tagen gezeigt, dass Atomtransporte nur gegen den entschlossenen Widerstand tausender Menschen und nur mit massiver Polizeigewalt durchzusetzen sind,“ erklärte Sören Janssen, Pressesprecher von X-tausendmal quer. Gleichzeitig kündigte er eine umfassende Aufarbeitung der Vorkommnisse der letzten Tage an. „Es gab Polizeiübergriffe, Grundrechtseinschränkungen und Manipulation von Informationen. Dies gilt es jetzt gründlich aufzuarbeiten und damit in geeigneter Weise umzugehen.“ Auch bezüglich der Misshandlung von Jochen Stay werde X-tausendmal quer in der kommenden Woche die weiteren Schritte bekannt geben.

„Wenn die Polizei behauptet, die Castoren seien in „Rekordzeit“ von Dannenberg nach Gorleben gekommen, so verdreht dies die Wahrheit,“ erklärte Janssen. „Es geht nicht darum, wie lange der Castor- Transport gebraucht oder aufgehalten wurde, sondern darum, dass Tausende von Menschen Zivilcourage zeigen und sich gewaltfrei der Atomenergie widersetzen,“ so der Pressesprecher der Initiative.

www.x1000malquer.de

Die Initiative der Freien Wähler, in Bayern ein Volksbegehren zur Verankerung des „Konnexitätsprinzips“ einzuleiten, hat die Landtagsparteien in Zugzwang gebracht. Nachdem der Landshuter Oberbürgermeister und Vorsitzende des bayerischen Städteverbands, Josef Deimer (CSU), das Volksbegehren begrüßt hatte (Dokument 1), sah sich die Staatsregierung genötigt, ihrerseits eine Initiative anzukündigen.

Deimer nutzte die Gelegenheit, um zu unterstreichen, dass es mit einer reinen Finanzierungspflicht nicht getan sei. Er fordert, dass es in dem von der Staatsregierung in Aussicht gestellten „Konsultationsmechanismus“ paritätisch und gleichberechtigt zugehen müsse. (Dokument 2).

Die Grünen kündigten an, die Unterstützung des Volksbegehrens zum Thema ihres Landesparteitags machen zu wollen. (Dokument 3). Drei Tage später folgt die Mitteilung, noch vorher einen eigenen Gesetzentwurf im Landtag einbringen zu wollen. (Dokument 4).

Die SPD artikuliert dann die Sorge,

Stoiber werde sich jetzt als Kommunalheiliger stilisieren. (Dokument 5).

Die trostlose Finanzsituation von Bund, Ländern und Gemeinden ist Folge zweier verschiedener Krisen. Da ist zum einen die Krise der Konjunktur, mit ihrem Auf und Ab. Aber da ist zum andern auch die Krise der institutionellen Aufgabenverteilung zwischen Europa, dem Bund, den Ländern und den Gemeinden. Wenn Deimer als Vertreter des Städteverbands darauf hinweist, dass zwischen den Kommunen und dem Land Gleichberechtigung und Parität bestehen müsse, spricht er einen wichtigen Punkt an. Wahrscheinlich geht diese Forderung jedoch nicht weit genug. Es wäre wohl nötig, den Kommunen Einfluss auf die Gesetzgebung der Länder und des Bundes einzuräumen. Aber ob sich die kommunalen Spitzenverbände in ihrer gegenwärtigen Form dafür eignen? Einem unmittelbaren Einfluss auf die Gesetzgebung hat die bayerische Bürgerrechtsbewegung (warum sollte man sie eigentlich nicht so nennen?) in der jahrzehntelangen Auseinandersetzung um

die Ausdehnung der Volksgesetzgebung eine Pforte geöffnet. Es ist immerhin bezeichnend, dass ein Ausfall der Freien Wähler durch genau diese Pforte die Dinge in Bewegung brachte.

Das offensbare Finanzproblem der Gemeinden ist auch ein Demokratieproblem, und dieses Demokratieproblem hat sozialen Inhalt. Umkämpft sind gegenwärtig vor allem die sog. freiwilligen Leistungen, mit denen die Kommunen Schwerpunkte setzen, sehr oft, um öffentliche Mittel gegen Diskriminierung einzusetzen. Die Projekte der Frauenpolitik, der Migrationspolitik z.B. sind rechtskonservativen Ordnungspolitikern ein Dorn im Auge genauso wie der Ansatz solidarischer Hilfe für Menschen in Notlagen. Ein anderer Punkt betrifft die Gestaltung des Schulwesens. – Bei allen diesen Dingen geht es ums Geld, aber niemals nur und oft nicht einmal in erster Linie. Die jetzige Strukturdiskussion böte eine Chance, über den Kreis von Aufgaben und Zielen, den die Kommunen für sich reklamieren sollen, angemessen zu diskutieren. Brigitte Wolf, München

„Konnexität“ – ein Prinzip kommt ins Gespräch

Dokument 1, Städteverbandsvorsitzender Deimer: Wer bestellt, bezahlt – muss auch zwischen Staat und Kommunen gelten

Mit Sympathie verfolgt der Bayerische Städteverbund die Absicht der Freien Wähler, ein Volksbegehren zur Einführung des Konnexitätsprinzips zu Gunsten der Städte und Gemeinden in Bayern einzuführen.

Die Städte fordern schon seit langem, dass auch zwischen den Ebenen innerhalb der öffentlichen Hand das Prinzip „wer bestellt, bezahlt“ gelten muss.

(...)

Für den Städteverbandsvorsitzenden sind nicht nur die wegbrechenden Gewerbesteuereinnahmen Grund für die derzeit desolate Finanzlage der Städte und Gemeinden. In seine Augen sind für die Ebbe in den Stadtkassen auch Bund und Land Schuld, weil sie den Kommunen immer neue Aufgaben übertragen, ohne ihnen dazu die notwendigen Gelder zur Verfügung zu stellen. So müssen die Städte ab Anfang nächsten Jahres bundesweit rund 2 bis 2,5 Milliarden Euro für den Vollzug des Grundsicherungsgesetzes aufbringen. Zugleich entstehen

ihnen im Bereich des Schulwesens durch die Nachmittagsbetreuung und die Anstellung von Sozialpädagogen für die Schulsozialarbeit erhebliche Ausgaben, die der Freistaat nur zum Teil ersetzt.

Um diese scherenartige Entwicklung aufzuhalten, sieht der Bayerische Städteverbund im Konnexitätsprinzip ein geeignetes Mittel, die Städte und Gemeinden vor einer permanenten finanziellen Überbeanspruchung zu schützen. Die kommunalen Spitzenverbände haben dementsprechend dem bayerischen Ministerpräsidenten bereits einen konkreten Vor-

Konnexitätsprinzip und Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände im Gesetzgebungsverfahren

Entschließung des Gesamtvorstandes der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände am 8. Oktober 2002 in Berlin

1. Das Grundgesetz kennt grundsätzlich keine Durchgriffskompetenz des Bundes auf die kommunale Ebene. Darf der Bund ausnahmsweise Kommunen zu Aufgabenträgern bestimmen, muss sich dies in seiner Finanzierungsverantwortung gegenüber den Kommunen niederschlagen. Art. 104 a Abs. 3 GG sollte daher hingehend geändert werden, dass der Bund dann die Ausgaben für Leistungen zu tragen hat, wenn die Länder oder die vom Bund ausnahmsweise unmittelbar bestimmten Gemeinden (Gemeindeverbände) Maßnahmen des Bundes ausführen, die Zahlungen, Sachleistungen oder

die Herstellung oder Unterhaltung öffentlicher Einrichtungen vorsehen. So weit die Leistungen im Ermessen der Länder stehen, können die Gesetze Abweichendes bestimmen.

2. Der Gesamtvorstand der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände fordert Bundesregierung und Bundestag auf, im Grundgesetz kommunale Mitwirkungsrechte nach dem Beispiel des österreichischen Konsultationsmechanismus zu verankern. Verfassungsrechtlich ist darüber hinaus festzuschreiben, dass bei der Prüfung von Vorhaben der Europäischen Union, die wesentliche Belange von Gemeinden und Gemeindeverbänden berühren, die Spitzenverbände zu beteiligen sind.

3. Die neue Bundesregierung wird aufgefordert, bis zu einer verfassungsrechtlichen Absicherung mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Selbstverpflichtung zur Praktizierung des Konsulta-

tionsverfahrens zu vereinbaren.

4. Unabhängig davon erwartet der Gesamtvorstand von der Bundesregierung eine strikte Beachtung der Regelungen in der Gemeinsamen Geschäftsordnung für die Beteiligung der Kommunen bei der Arbeit an Gesetzentwürfen, die kommunale Belange berühren. Der Gesamtvorstand fordert das Bundeskanzleramt auf, im Rahmen der Koordinierungsfunktion auf die Einhaltung der Gemeinsamen Geschäftsordnung zu achten.

5. An den Bundestag appelliert der Gesamtvorstand, das in § 69 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages verankerte Anhörungsrecht der kommunalen Spitzenverbände in den Ausschüssen strikt zu beachten.

6. Im Übrigen wird eine Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene an den Beratungen des Bundesrates sowie des Vermittlungsausschusses eingefordert.

schlag unterbreitet, um das Konnexitätsprinzip in der bayerischen Verfassung zu verankern. Sie sehen in dem angestrebten Volksbegehren der Freien Wähler eine willkommene Unterstützung ihres Anliegens.

Dokument 2, Städ tetag – Konnexitätsprinzip: Deimer begrüßt Einlenken der Staatsregierung

(...) Keine Zustimmung des Städ tetags findet allerdings die Absicht des Freistaats, die Höhe des Kostenersatzes durch das betroffene Fachministerium allein ermitteln zu lassen. Nach Auffassung des Verbandes müsste hier eine Clearingstelle geschaffen werden, in der sowohl die Ministerien wie die Kommunalen Spitzenverbände paritätisch und gleichberechtigt vertreten sind. Damit würde sichergestellt, dass die Interessen der Kommunen gewahrt werden. Der von der Staatsregierung vorgeschlagene Konsultationsmechanismus muss aus Sicht des Städ tetags weiter hinterfragt werden, damit klar ist, dass beide Seiten das Gleiche meinen. Abgelehnt wird vom Vorsitzenden des Städ tetags, den Kommunen gesetzlich vorgegebene Stabilitätskriterien vorzuschreiben. Das würde letztlich zu einer Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung führen.

Dokument 3, Grüne unterstützen Volksbegehren – Keine Aufgabenverlagerung auf Kommunen ohne Kostenbeteiligung

MÜNCHEN (4.11.2002/SIP). Partei- und Fraktionsvorstand der bayerischen Grünen wollen das Volksbegehren zur Verankerung des so genannten „Konnexitätsprinzips“ in die Bayerische Verfassung unterstützen.

(...) Schon in der letzten Legislaturperiode hatten die Grünen im Landtag auf eine Verfassungsänderung gedrängt, waren aber seinerzeit an der ablehnenden Haltung der CSU gescheitert. „Offenbar“, so die Parteivorsitzende Margarete Bause, „braucht es erst den Druck eines Volksbegehrrens, um Staatsregierung und CSU von ihrem hohen Ross zu holen.“

Die Unterstützung des Volksbegehrrens soll auch Thema auf dem bevorstehenden Landesparteitag der Grünen am 23. und 24. November in Bamberg werden.

Dokument 4, Grüne kündigen Gesetz zum Konnexitätsprinzip an

MÜNCHEN (7.11.2002/SIP). Die Landtagsfraktion der Grünen wird noch in der kommenden Woche einen Gesetzentwurf in die parlamentarischen Beratungen einbringen, um das Konnexitätsprinzip in der Bayerischen Verfassung zu verankern. Jetzt, wo auch CSU und Staatsregierung auf den fahrenden Zug aufgesprungen sind, sollten wir schleunigst Nägel mit Köpfen machen, sagte die kommunalpolitische Sprecherin Susanna Tausendfreund.

Steuerheberrecht der Gemeinde führt zu produktiver Diskussion:

Zweitwohnungssteuer vom Tisch?

Nachdem die PDS-Offene Liste Köln vehement die Einführung der Zweitwohnungssteuer in der Öffentlichkeit kritisierte und die SPD ebenfalls ihre Gegnerschaft erklärte, scheint jetzt die Ratsvorlage erst einmal auf Eis zu liegen. Nach einem Gespräch mit dem AstA der Universität scheinen auch die Grünen Zweifel an der Zweitwohnungssteuer zu haben. Sogar die FDP meldet Bedenken an. Die CDU schweigt, hat aber eine Befassung der Vorlage aus der Kämmerei in den Ausschüssen abgelehnt.

Inzwischen hat sich das 47. Studierendenparlament der Universität Köln auf seiner Sitzung vom 6. November mit dem Thema befasst, die Einführung der Zweitwohnungssteuer abgelehnt und folgenden Alternativ-Vorschlag unterbreitet:

„Da die Stadt Köln in vielen Fällen einen berechtigten Anspruch auf die

Schlüsselzuweisungen hat, schlägt das Studierendenparlament der Universität zu Köln vor, die bewährten Verfahren aus Leipzig, Gießen oder Berlin zu verwenden. Hier gibt es Anreize in Form der Übernahme der Semesterbeiträge durch die Stadt. Die so entstehenden Kosten sind weit geringer als die Mehreinnahmen durch die Schlüsselzuweisungen. Darüber hinaus wird sichergestellt, dass sich die Studierenden nun anmelden, wenn es für ihre Lebensplanung sinnvoll erscheint. Da die Stadt auch zahlreiche Kosten bei der Umsetzung dieses Anreizsystems (im Vergleich zur Einführung der Zweitwohnungssteuer) sparen dürfte, macht das hier alternativ skizzierte Verfahren Sinn. Daher fordern wir die Stadtverwaltung auf, entsprechende Modelle zu prüfen und auf die Erfahrung anderer Städte zurückzugreifen.“

Da der Rat erst kürzlich seine große Verbundenheit mit der Kölner Studierendenschaft erklärt hat, dürfen wir gespannt sein, ob der Rat den Prüfantrag der PDS auf Einführung eines Zuzugsbonus passieren lässt, um einen neuen Weg zu finden, wie auch unter Ausschluss repressiver Mittel die Stadt Köln zu mehr Schlüsselzuweisungen kommen kann. *Jörg Detjen, Köln*

Schon 1997 hatten die Grünen eine Verfassungsänderung beantragt, die sicherstellen sollte, dass sich der Freistaat Bayern bei der Übertragung von staatlichen Aufgaben an die Kommunen auch entsprechend an deren Finanzierung beteiligen muss. Dieser Gesetzentwurf scheiterte seinerzeit an den Gegenstimmen von CSU und SPD. Die Grünen wollen nun einen erneuten Vorstoß unternehmen und die notwendige Verfassungsänderung noch vor Weihnachten auf den Weg bringen: Der Gesetzentwurf könnte dann zeitgleich zur Landtagswahl durch einen Volksentscheid abgesegnet werden, so Susanna Tausendfreund.

Allerdings, so die grüne Kommunalexpertin, dürfe die Debatte um die vielerorts katastrophale Finanzlage der bayerischen Städte und Gemeinden nicht mit der Einführung des Konnexitätsprinzips für beendet erklärt werden: Das Konnexitätsprinzip ist zwar ein wichtiger Baustein, aber kein Allheilmittel gegen die Finanzmisere der Kommunen. Vor allem müsse verhindert werden, dass die Staatsregierung beispielsweise im Bereich der freiwilligen Leistungen an die Kommunen den Rotstift ansetze und damit letztlich die Finanzmisere verschärft. Susanna Tausendfreund: Wir warnen Stoiber dringend davor, sich jetzt unter dem Druck eines Volksbegehrrens auf das Konnexitätsprinzip einzulassen, den Kommunen aber hintenrum das Geld wieder aus der Tasche zu ziehen.

www.susanna-tausendfreund.de

Dokument 5, SPD: CSU vom Konnexitäts-Saulus zum -Paulus

(...) Der Sprecher der unterfränkischen SPD-Landtagsabgeordneten und Mitglied im Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags, MdL Gerhard Hartmann (Reichenberg), freut sich über die bei ihrer Klausur im schwäbischen Schloss Lautrach bekannt gewordene Kehrtwendung der CSU-Staatsregierung in der Beurteilung des „Konnexitätsprinzips“, das die Finanzierung von den Kommunen aufgebürdeten staatlichen Aufgaben sicherstellen soll.

(...)

„Damit wird endlich eine langjährige Forderung der Kommunen und der SPD erfüllt“, unterstreicht Gerhard Hartmann. Die Androhung eines Volksbegehrrens im Jahr der Landtagswahl „hat die späte Einsicht der Staatsregierung ganz erheblich beschleunigt“, ist der SPD-Abgeordnete überzeugt, „denn die Frontstellung ‚Alle gegen die CSU‘ scheut die Staatsregierung wie der Teufel das Weihwasser“.

So groß die Freude in der SPD über die Verwirklichung ihrer jahrelangen Forderung aber auch sei, so werde man doch „nicht zulassen, dass der Ministerpräsident aus seiner wundersamen Wandlung vom Konnexitäts-Saulus zum -Paulus heraus die Not zur Tugend macht und sich jetzt als Erfinder des Konnexitätsprinzips und als Kommunalheiliger feiern lässt“.

Gleichgeschlechtliche Lebensweise:

LEIPZIG. Die CDU-Fraktion hat auch in diesem Jahr in einem Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf für das Jahr 2003 gefordert, die Stelle der Beauftragten für Menschen gleichgeschlechtlicher Lebensweise ersatzlos zu streichen. Die Mittel sollen statt dessen zur Aufstockung der Förderung der freien Kulturszene verwendet werden. Dazu erklärt der sozialpolitische Sprecher der PDS-Fraktion im Stadtrat zu Leipzig, Dr. Dietmar Pellmann: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Akteure der freien Kulturszene dieses schändliche Spiel der CDU-Fraktion überhaupt nur tolerieren. Insofern ist der CDU-Antrag eine Beleidigung für die Leipziger Basiskultur. Wenn in der Antragsbegründung mit Verweis auf das inzwischen gültige Gesetz zu eingetragenen Lebenspartnerschaften geschlussfolgert wird, dass damit die Gründe für eine solche Beauftragtenstelle weggefallen seien, dann muss dies schon als besonders reife demagogische Leistung angesehen werden. Erinnert sei daran, dass das CDU-geführte Sachsen zu den Bundesländern gehörte, die gegen das Gesetz zur Eintragung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften vor das Bundesverfassungsgericht gezogen und inzwischen gründlich gescheitert sind. Die PDS-Fraktion wird diesen CDU-Antrag selbstverständlich ablehnen. Sie sieht den Bedarf nach einer Stelle der Beauftragten für Menschen gleichgeschlechtlicher Lebensweise weiterhin gegeben. Wir sind trotz mancher Fortschritte nach wie vor weit von einer allgemeinen Akzeptanz von Menschen mit gleichgeschlechtlicher Lebensweise entfernt. Dies belegt nachdrücklich die Antragsbegründung der CDU.“

www.pds-fraktion-leipzig.de

Nazikonzert: MANNHEIM. Die folgende Anfrage reichten die Grünen nach einem Nazi-Skin-Konzert ein: „Die Verwaltung berichtet dem Gemeinderat:

1. welche Informationen zu dem Konzert mit rechtsextremen Bands vorliegen, das am Samstag, 2. November 2002 in Mannheim-Rheinau in der Gaststätte der Banditos stattgefunden hat;
2. wie sie weitere Konzerte dieser Art im Mannheimer Stadtgebiet zu unterbinden gedenkt.

Begründung: Am Samstag, 2. November 2002 fand abends in einer Gaststätte im Edinger Riedweg in Mannheim-Rheinau ein Konzert mit vier rechtsextremen Bands, darunter mindestens einer aus Mannheim, statt. Dieses Konzert wurde von mehreren hundert Rechtsextremen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland besucht. Die Polizei schritt, obwohl informiert, nicht ein. Zusammen mit weiteren Vorfällen in Mannheim und der Region (Überfall

auf das JUZ Mannheim, Überfall auf einen US-Amerikaner vor dem Mannheimer Hauptbahnhof, „Schwarze Liste“ mit angeblichen „AntifaschistInnen“ im Internet, rechtsextremes Konzert in Ludwigshafen-Altrip) ergibt sich ein erschreckendes Bild von rechtsextremen Aktivitäten in der Region während des letzten Monats. Im Hinblick auf den zu erwartenden Aufmarsch der NPD am 1. Mai 2003 in Mannheim gilt es nun zu handeln.“ www.juz-mannheim.de

Treitschke-Gedenktafel:

GÖTTINGEN. Die PDS-Fraktion im Rat der Stadt Göttingen unterstützt das Anliegen von Pfarrer Ludgar Gaillard. Sie erklärt: „Auch wir haben starke Bedenken, den Historiker Heinrich von Treitschke mit einer Gedenktafel zu bedenken. Er hatte sich in der Tat als Antisemit „hervorgetan“. Unabhängig von Herrn Gaillard ist die PDS an dem Thema „Gedenktafeln“ dran. Wir werden dazu im Rat und Kulturausschuss entsprechende Anträge und Initiativen starten. Wir wünschen nicht, dass Antisemiten, Militaristen und Nationalisten oder gar Faschisten unwidersprochen geehrt werden. Es gab durchaus Göttinger, die sich stets im Sinne von Frieden, Demokratie und Menschenrechte einsetzen und daher „ehrungswürdig“ wären. Der Göttinger Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde sei hier beispielhaft genannt.“

www.pds-goettingen.de

Kommunen am Ende?: BERLIN. Nach der jüngsten Steuerschätzung verlieren die Städte und Gemeinden gegenüber der Schätzung vom Mai weitere 2,4 Milliarden Euro an Steuereinnahmen in diesem Jahr sowie 2,9 Milliarden Euro im nächsten Jahr und damit ihre politische Handlungsfähigkeit. „Das Ende der Fahnenstange ist erreicht“, sagte der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Roland Schäfer. „Jetzt ist eine sofortige Rettungsaktion der Kommunen notwendig“, so Schäfer. Als erste Maßnahme muss die neue Bundesregierung sofort eine Senkung der Gewerbesteuerumlage beschließen, um den Verfall in unseren Städten und Gemeinden entgegenzuwirken. Vor wenigen Tagen hat der Bundesrat einen entsprechenden Beschluss gefasst. Nun ist es an der Bundesregierung, dies im Deutschen Bundestag auch umzusetzen. Zusätzlich muss die Investitionskraft der Städte und Gemeinden verbessert werden. Mit einem Sonderprogramm des Bundes von 10 Milliarden Euro müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden, dringend notwendige Investitionen in die Infrastruktur vornehmen zu können. Dazu sind Subventionen zu kürzen und Mittel aus dem UMTS-Erlösen zur Verfügung zu stellen.“

www.dstgb.de

Zusammenstellung: baf



Lohnbewegung ver.di im öffentlichen Dienst

Die Lage der öffentlichen Haushalte und die Tarifforderung

Die prekäre Haushaltsslage der öffentlichen Hand ist nicht etwa die Folge zu hoher Löhne und Gehälter in öffentlichen Dienst. Wäre es anders, lägen Beschwerden der Industrie vor, man ziehe ihr die Arbeitskräfte ab. Solche Beschwerden der großen Industrie gibt es nicht. Die Löhne und Gehälter, die für gleiche oder gut vergleichbare Tätigkeiten in diesem Bereich gezahlt werden, liegen erheblich über den im öffentlichen Dienst erzielten. Anders verhält es sich in Dienstleistungsbereichen, die auch von kleinen Gewerbetreibenden wie Reinigungsunternehmen, Busunternehmen, teils auch Abfallsortung usw. übernommen werden können – es sind einige Bereiche, in denen die Privatwirtschaft für gleiche Arbeit weniger zahlt. In manchen dieser Bereich hat sogar ver.di Tarifverträge zu vertreten, die solche erheblich niedrigeren Einkommen festschreiben. Dennoch steht fest, dass die Probleme der öffentlichen Haushalte sich nicht aus einer Überbezahlung der Arbeiter und Angestellten ergeben haben. Die akute Krise der öffentlichen Haushalte ergibt sich aus einer Einnahmekrise, die auf Steuerausfälle zurückgeht. Der Rückgang der Steuer ist unerwartet hoch, weil die Konjunktur auf sich war-

GEW kündigt massiven Protest gegen Besoldungskürzung an

STUTTGART, 7. NOVEMBER 2002 – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Baden-Württemberg hat massiven Protest gegen eine mögliche Öffnungsklausel bei der Beamtenbesoldung angekündigt. „Lehrerinnen und Lehrer arbeiten derzeit angesichts der schlechten Unterrichtsversorgung mit überdurchschnittlichem Engagement und weit mehr als 40 Stunden pro Woche. Unsere Schulen und Hochschulen müssen schließen, wenn die Beschäftigten bei einer Kürzung ihrer Gehälter zum Beispiel Dienst nach Vorschrift machen und nur noch 90 Prozent ihrer Aufgaben erledigen würden. Wir fordern Ministerpräsident Teufel auf, der Bundesratsinitiative eine deutliche Absage zu erteilen. Selbst wenn Baden-Württemberg eine mögliche Öffnungsklausel nicht umsetzt, darf es nicht soweit kommen, dass die reichen den armen Ländern die guten Beschäftigten abkaufen“, sagte am Donnerstag (7.11.) in Stuttgart der GEW-Landesvorsitzende Rainer Dahlem. Die GEW hat in dieser Woche mit einem Flugblatt an alle LehrerInnen in Baden-Württemberg zum Protest gegen die geplanten Kürzungen aufgerufen. Die von der Ministerpräsidentenkonferenz eingesetzte Länder-Kommission schlägt vor, dass die Länder selbst entscheiden können, ob sie an künftigen Besoldungsverhöhungsteilnehmern und auch eigenständig über die Zahlung von Weihnachts- und Urlaubsgeld bestimmen können. Insgesamt soll es möglich sein, nur 90 Prozent der Bundesbesoldung zu zahlen. „Schon bisher wurden die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst nicht zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten und Beamten übertragen. Mit dieser Initiative treiben es die Länderchefs endgültig zu bunt“, sagte Dahlem.

Stillstand in der Bildungspolitik: Der Vorschlag ist ein politisches Armszeugnis und für die Bildungspolitik in Deutschland eine Katastrophe. Wenn die Landesregierungen nach Lust und Laune Beamtengehälter kürzen oder auch nicht, lässt die Leibegenschaft grüßen. Wer mit willkürlichen Maßnahmen die Arbeitsbedingungen verschlechtert, leistet außerdem keinen Beitrag zur Verbesserung der Qualität. Wer so mit Beschäftigten umgeht, bewirkt im Bildungsbereich Stillstand. Deutschland wäre dann in Zukunft nicht einmal mehr OECD-Mittelmaß“, sagte Dahlem.

Teufel: Tarifabschlüsse zeit- und inhaltsgleich für Beamte: Die GEW und die anderen DGB-Gewerkschaften fordern in den Tarifverhandlungen für den

ten lässt. Allgemein war von Fachleuten und Politik eine Konjunkturbelebung ungefähr zur Mitte des jetzt bald vergangenen Jahres erwartet worden. Die Folge sind noch weitere zusätzliche Belastungen der Sozialhaushalte. Warum die Konjunktur sich nicht belebt, ist die eine Frage, die andere ist, was das für die Aussichten der Lohnbewegung im öffentlichen Dienst bedeutet.

Diese Frage kann ohne Blick auf die Wechselwirkungen von Tarifbewegungen in der privaten Wirtschaft nicht beantwortet werden. Die Durchsetzung von branchenweiten Tarifen dient in der Privatwirtschaft dazu, Arbeitgeber, die nicht in der Lage sind, die eingekauften Arbeitskräfte angemessen zu verwerten, vom Markt zu drängen. Diejenigen Firmen, die überdurchschnittlich gute Ge-

schäfte machen, ziehen Arbeitskräfte durch übertarifliche Zulagen an sich. Schrumpft der Anteil einer Branche am volkswirtschaftlichen Gesamtprodukt, geht vor allem die Beschäftigtenzahl zurück. Aber auch eine notleidende Branche muss für vergleichbare Arbeitskräfte vergleichbare Löhne zahlen. Genauso wie für andere Wirtschaftsgüter. Niemand verlangt etwa von den Mineralölfirmen, notleidenden Branchen das Heizöl billiger zu geben. Es wäre auch marktwirtschaftlich unsinnig, eine Fehlleitung von Ressourcen wäre die Folge.

Dies gilt auch für den öffentlichen Dienst. Die öffentliche Hand wird vergleichbaren Arbeitskräften immerhin vergleichbare Löhne zahlen müssen oder die benötigten Arbeitskräfte, wenigstens auf mittlere Sicht, nicht erhalten und

öffentlichen Dienst eine Angleichung der Ost-Einkommen an das West-Niveau in einem verbindlichen Stufenplan bis spätestens 2007 sowie allgemeine Einkommenssteigerungen für die Beschäftigten in Ost und West um deutlich über 3 Prozent. Das Tarifergebnis solle auch für alle Beamten und Beamten gelten und zum gleichen Zeitpunkt umgesetzt werden. „Erwin Teufel wird Farbe bekennen müssen, ob er zu seiner Kritik an der rot-grünen Bundesregierung vor zwei Jahren steht. Damals hat er vorgeschlagen, die Tarifabschlüsse zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten und Beamten zu übertragen“, sagte Dahlem.

DRANBLEIBEN
Öffentlicher Dienst

**TARIF
B E W E G U N G
2002**

02

**Unsere Forderung:
Deutlich mehr als 3 Prozent – Volle Angleichung Ost**

**Antwort der Arbeitgeber:
Nullrunde, sonst Stellenabbau**

Das lassen wir uns nicht gefallen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Am 15. November 2002 wurden die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst in Stuttgart aufgenommen.

Wir haben gefordert:

- Die Löhne und Vergütungen um deutlich mehr als 3 Prozent zu erhöhen.
- Die Einkommen in den neuen Ländern auf hundert Prozent des Westniveaus bis spätestens 2007 anzulegen.
- Die Übernahmeregelung für die Auszubildenden zu verlängern und
- Das Tarifergebnis auf die Beamten und Beamten zu übertragen.
- Wir wollen Verhandlungen ohne Rituale. Wir wollen einen Abschluss vor Weihnachten.

Sollten in den Verhandlungen Lohn- erhöhungen vereinbart werden, drohen sie mit betriebsbedingten Kündigungen oder erwarten einen entsprechenden Ausgleich an anderer Stelle.

Die kommunalen Arbeitgeber lehnen Angleichungsschritte im Tarifgebiet Ost ab. Alle Arbeitgeber fordern, die Beschäftigten dort an den Kosten ihrer betrieblichen Altersversorgung zu beteiligen.

Sie bestreiten den massiven Arbeitsplatzabbau der letzten Jahre im öffentlichen Dienst vehement.

Sie sprechen uns das Recht ab, mit ihnen über die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten und Beamten auch nur zu reden. Dies sei einzig und allein Aufgabe des Gesetzgebers.

mit.gestalten

ver.di
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

letztlich die geforderten öffentlichen Güter nicht in der angemessenen Qualität bereitstellen können. Aber da liegt auch das Problem.

Im marktwirtschaftlich geregelten Sektor entscheidet über die Ausdehnung oder Schrumpfung einer Branche die zahlungsfähige Nachfrage. In einer Vielzahl von Kaufakten enthüllen die Wirtschaftssubjekte, große Firmen wie kleine Leute, ihre Präferenzen. Sie zeigen ihre Vorlieben, indem sie dieses kaufen und jenes eben nicht.

Im öffentlichen Sektor entscheiden über die Ausdehnung und Schrumpfung von Angeboten die für den jeweiligen Haushalt zuständigen politischen Körperschaften. Sie entscheiden im Rahmen ihrer jeweiligen Kompetenzen auch über die Finanzierung durch Steuern und Ab-

→ gaben. Die letztendlichen Nutznießer der öffentlichen Güter, der Dienstleistungen und der Infrastruktur, haben nur umwegig, durch Wahlen, Lobbyarbeit, Einfluss in den und auf die Parteien, Einfluss auf Art und Umfang des Angebotes.

Während Kauf und Verkauf letztlich verschwiegene Geschäfte zwischen zwei Privaten sind, kann das Angebot öffentlicher Güter gar nicht anders strukturiert werden, als durch ein Riesengeschrei des Publikums. Der kleinste gemeinsame Nenner der Kritik des Publikums ist in dieser Konstellation die Steuer, die zu hoch ist, dann die Wirtschaftlichkeit der Arbeitsorganisation der öffentlichen Dienste, die zu niedrig sei, und zum Schluss die Löhne und Gehälter, die zu hoch seien.

Ver.di scheint die Absicht zu haben, in dieser Lohn- und Gehaltsbewegung sich voll in die offenen Messer der Steuerdebatte zu stürzen. Das ist außerordentlich unklug. Die Steuerlast hat bekanntlich kein ökonomisches Maß. Man spricht von legalisiertem Raub. Die öffentliche Hand nimmt, weil sie die Macht hat und so viel, wie der politische Widerstand des Publikums zulässt. Für die Steuer reden, heißt sich auf die Seite des öffentlichen Arbeitsgebers gegen die breite Öffentlichkeit stellen.

Die richtige Reihenfolge der Argumente hingegen ist:

1. Die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst reichen in einer wachsenden Zahl von Fällen nicht zum Leben aus (Ballungsräume). Diese unzureichende Definition des Lebensstandards durch die öffentliche Hand drückt auf alle. Sie setzt den falschen Maßstab.

2. Für vergleichbare Arbeiten wird vergleichsweise zu schlecht gezahlt. Das kann nicht gut für die Qualität der Dienstleistungen sein.

3. Wenn Kritik an dem Angebot öffentlicher Güter besteht, wie es konkret durch Gemeinden, Länder und Bund bereitgestellt wird, ist ver.di eine Adresse für die Initiative gemischter Arbeiter-/Bürgerbewegungen, bis hin zur Ausarbeitung Volksentscheiden.

4. Wenn die öffentliche Hand in Haushaltsskrisen steckt, muss sie, und niemand anders, der Öffentlichkeit darlegen, was durch Restriktion der Leistungen und was durch Erhebung von Steuern geregelt wird. Die Idee, solche Probleme durch Bezahlung eines Wirtschaftsgutes, hier der Arbeitskraft, unter dem Marktpreis zu regeln, ist hältlos.

Wenn ver.di zeigen kann, dass es a) Tariflöhne gibt, die für einen selbständigen Lebensführung am Arbeitsort nicht reichen, und/oder dass b) für die Breite der Berufsgruppen im längerfristigen Vergleich die Forderung von mehr als 3% dazu führt, dass vergleichbare Arbeit vergleichbar bezahlt wird, hat die Lohnbewegung eine Chance. Das Argument unter a) würde allerdings dazu führen, einen Abschluss mit Festgeld oder Sockelkomponente anzustreben. (maf)

Eine Tarif-publikation von ver.di

„Das Signal ist angekommen, ihr macht uns den Rücken stark!“ Das versicherte Frank Bsirske den rund fünfhundert Kolleginnen und Kollegen, die sich am 15. November 2002 vor dem Heinrich-Kaun-Haus (früher TWS-Heim) in Stuttgart-Degerloch versammelten, wo er Stunden später die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst eröffnete.



Der Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft betonte, in den letzten zehn Jahren seien die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst „durchgängig schlechter als in der Privatwirtschaft“ gewesen. Deshalb müsse nun „wie in anderen Branchen auch am Ende eine Drei vor dem Komma“ stehen – und in den neuen Ländern „wie in anderen Branchen auch die Angleichung ans Tarifniveau im Westen“.

Das Argument der Arbeitgeber, die Kassen seien leer, entbehre nicht der Realität. Gleichwohl hält Frank Bsirske nichts vom Vorhaben des Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes fünf Jahre lang Nullrunden zuzumuten.

Scharf kritisierte er auch Arbeitgeberpläne, ausgerechnet die Einkommen von Feuerwehrleuten um zehn Prozent zu kürzen, „deren Lebenserwartung doch acht Jahre geringer ist als im Durchschnitt der männlichen Bevölkerung“.

Als „logische Spitzenleistung“ betrachtet der ver.di-Vorsitzende den Plan des Verhandlungsführers der Kommunen: Ernst-Otto Stüber will in Bochum, wo er als Oberbürgermeister amtiert, etwaige Lohnerhöhungen mit Lohnkürzungen an anderer Stelle ausgleichen – „echt originell!“.

Zudem werde gedroht mit Arbeitsplatzabbau und betriebsbedingten Kündigungen, falls die Einkommen im öffentlichen Dienst so stiegen wie in anderen Branchen.

Für Frank Bsirske ist es keine Frage, dass vor allem die Gemeinden eine bessere Finanzausstattung brauchen – „aber nicht auf dem Rücken von Beschäftigten, Bürgerinnen und Bürgern“. Es sei nicht einzusehen, „dass Krankenschwestern, Kanalbetriebsarbeiter, Busfahrerinnen und Busfahrer die Zeche für eine falsche Politik zahlen“.

Wegen des Verzichts auf die Vermögenssteuer fehlten jedes Jahr Milliardenbeträge in den öffentlichen Kassen. Die Beschäftigten wollten „nicht sparen für die Reichen im Lande, nicht Lohnverzicht üben dafür, dass der Familie Holtzbrinck mit einem geschätzten Familienvermögen von fünf bis sechs Milliarden Euro die Vermögensteuer auch in Zukunft erlassen wird. Sparen für Gloria von Thurn und Taxis, die größte Grundstücksbesitzerin in Deutschland – mit uns nicht!“

Entgegen landläufiger Propaganda liege „die Abgabenquote in diesem Lande, also die Summe von Steuern und Sozialbeiträgen, im internationalen Vergleich im unteren Drittel“. Deutschlands Steuerquote sei – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – fast wie in den USA.

„Faktisch verdampft“ sei, so Frank Bsirske, in den letzten zwei Jahren die Körperschaftssteuer, also die zentrale Steuer auf Unternehmensgewinne: von 23 Milliarden Euro Einnahmen im Jahre 2000 auf weniger als nichts, denn die Finanzämter hätten 2002 sogar noch 450 Millionen Euro ausgezahlt: „Diese Steuer hat sich in eine Subvention verwandelt!“

Heftiger Beifall der Anwesenden begleitet Frank Bsirskes Worte, es könne doch „nicht in Ordnung gehen, dass der Müllwerker mehr Steuern zahlt als der Daimler, dass die Krankenschwester mehr Steuern zahlt als BMW“.

Diese Politik könne nicht fortgesetzt werden – schon gar nicht auf dem Rücken der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, „von dem Arbeitgeber, Bürgerinnen und Bürger zu Recht gute Arbeit erwarten“. Das bedeutet aber auch, „dass sie für ihre gute Arbeit auch



Öffentliche Arbeitgeber zur Tarifforderung der Gewerkschaft ver.di

Zur beschlossenen Forderung der Gewerkschaft ver.di erklären Bundesinnenminister Otto Schily, der bayerische Finanzminister Prof. Dr. Kurt Falthäuser für die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und der Vorsitzende der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, Oberbürgermeister Ernst-Otto Stüber:

Die Gewerkschaftsforderung verkennt die wirtschaftliche Situation unseres Landes, die bekanntlich sehr angespannte Situation der öffentlichen Haushalte und den Wettbewerbsdruck der öffentlichen Unternehmen.

Ver.di fordert die Einkommen aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst deutlich über 3 % anzuheben. Schon eine Erhöhung um 3% würde die öffentlichen Haushalte jährlich mit 6 Milliarden Euro belasten. Dies ist nicht zu schultern. Ein weiterer Personalabbau bis hin zu betriebsbedingten Kündigungen mit unvermeidlichen Abstrichen beim Bürgerservice wäre ebenso unvermeidlich wie drastische Einschränkungen bei den öffentlichen Investitionen.

Die Abschlüsse in der gewerblichen Wirtschaft für das Jahr 2003, die in Erwartung eines kräftigen Konjunkturaufschwungs vereinbart wurden, können kein Maßstab für die anstehende Tarifrunde im öffentlichen Dienst sein.

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich gegenüber dem Zeitpunkt der Abschlüsse in den anderen Branchen erheblich verschlechtert. Die im Frühjahr bis Sommer noch prognostizierte Wachstumsbeschleunigung ist

gutes Geld erwarten können – und das heißt in diesem Jahr klipp und klar: eine Drei vor dem Komma!“

Für die Diskussion in Betrieben und Dienststellen lasse sich aus diesen Fakten vor allem eines ableiten: „Die Situation der öffentlichen Kassen ist nicht gottgegeben, sondern sie ist herbeigeführt – und sie ist wieder korrigierbar!“ Ein Skandal sei es, „die Knappheit öffentlicher Kassen zu beklagen, die Beschäftigten dafür in die Haftung zu nehmen und gleichzeitig den Reichen im Lande Jahr für Jahr Milliardenbeträge zu schenken“.

Dieser Kurs müsste korrigiert werden – nicht zuletzt „weil die Binnenkonjunktur sich im Sinkflug befindet“. In einer solchen Situation müsste auch eine höhere Verschuldung in Kauf genommen, bei anziehender Konjunktur könnte sie dann wieder gesenkt werden. „Das ist allemal vernünftiger, als in die Krise hinein- und runterzusparen.“

Somit gehe es bei den Tarifverhandlungen

nicht eingetreten; die Experten haben – nicht zuletzt angesichts der eingetrübten Weltkonjunktur – ihre Wachstumsprognosen nunmehr zurückgenommen.

Auch die soeben vorgelegte Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute bestätigt die gedämpften Erwartungen hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im nächsten Jahr.

Die Steuereinnahmen werden deutlich hinter den bisherigen Haushaltsplanungen zurückbleiben.

Bei einem Vergleich mit den Tarifabschlüssen in der privaten Wirtschaft ist zudem die umfassende Arbeitsplatzsicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes gerade heute ein unschätzbarer Vorteil, der bei den Tarifverhandlungen seinen Niederschlag finden muss.

Die kritische Situation der öffentlichen Haushalte spräche eher für eine Nullrunde.

Die öffentlichen Arbeitgeber haben bereits Anfang dieses Jahres mit ihrem Beitrag zur Sanierung der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes in Höhe von jährlich um die 2% finanzielle Vorleistungen als zusätzliche dauerhafte Belastungen erbracht.

Auch die geforderte weitere Angleichung der Gehälter und Löhne im Osten an das Westniveau ist in diesen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang einzuordnen und angesichts der leeren Kassen in den neuen Bundesländern kaum kurzfristig realisierbar.

Die Arbeitgeber fordern die Gewerkschaft ver.di auf, die Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst nicht in einer Weise auszutragen, die die ohnehin angespannte Situation der öffentlichen Haushalte noch weiter belasten würde.

lungen für rund fünf Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst auch um wichtige Binnenmarktmpulse.

Die Arbeitgeber hingegen wünschten eine Nullrunde und wollten den Beschäftigten im Osten Deutschlands trotz aller Ankündigungen des Bundeskanzlers und mehrerer Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer auch 2007 noch keine Angleichung ans Tarifniveau des Westens zubilligen. Damit stellten sie „die Weichen auf Konflikt“ – und darauf gebe es „nur eine einzige vernünftige Antwort: die aus den Betrieben und Verwaltungen, von euch, unseren Kolleginnen und Kollegen vor Ort!“

Noch einmal betont Frank Bsirske das „klare Signal, das alle verstehen: Diese Drei vor dem Komma ist ernst gemeint – und wir werden dafür die Kraft der Organisation, den Willen und die Handlungsbereitschaft unserer Kolleginnen und Kollegen in Betrieben und Verwaltungen einsetzen. Auf diese Verabredung könnt ihr euch verlassen!“



Bundesministerium
des Innern

Arbeitgeber wollen Erhöhung des Renteneinstiegsalters. – FAZ, Mittwoch, 13.11.2002. – Um das Rentensystem vor dem Zusammenbruch zu bewahren, sollen die Beschäftigten in Deutschland bis 67 arbeiten, dafür plädierten BDA und DIHK. Allerdings findet sich die Forderung nicht im Auftrag an die Renten-Reformkommission.

Hartz-Reform geht den Arbeitgebern in die falsche Richtung. – HB, Mittwoch, 13.11.2002. – Die Rentenversicherer und der Zentralverband des Deutschen Handwerks kritisierten in einer Anhörung des Bundestages zur Hartz-Reform vor allem das geplante „Brückengeld“, mit dem älteren Arbeitslosen ein neuer Weg in die Frührente eröffnet werden soll. Damit werde der Trend zur frühzeitigen Verrentung weiter verfestigt, kritisierte A. Reimann,stellvertretender Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherer (VDR). Wenn es nicht gelinge, 55-Jährige und Ältere im Erwerbsleben zu halten, werde die Rentenversicherung nachhaltig belastet. J. Husmann, Arbeitgebervertreter an der Spitze des VDR, verurteilte das neue Brückengeld als Gegenteil dessen, was Regierung, Gewerkschaften und Wirtschaft im Bündnis für Arbeit vereinbart hätten. Dort habe man sich auf einen Paradigmenwechsel hin zu längerer Lebensarbeitszeit geeinigt.

Mittelstandsbank geplant. – HB, Freitag/Samstag, 15./16.11.2002. – Der Kreisgeschäftsführer des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW), K. Siedle sowie zwei Professoren der Reutlinger European Business School sind die Initiatoren der Idee, mit 50 mittelständischen Unternehmen als Aktionären eine eigene Bank zu gründen. Unter dem Motto „Günstig Geld ohne Glaspalast“ planen sie eine Genossenschaft. Das Vorhaben ist eine Kritik an „Basel II“, einer umfassenden Bonitätsprüfung: „die Großbanken verstehen die Familienunternehmen nicht und versuchen, sie deshalb in ein Raster zu pressen“, so ein auf Beratung von Familienfirmen spezialisierter Anwalt.

Steuerpläne der Regierung von Bauunternehmern angegriffen. H. Stiepelmann, Geschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB) rechnet bei Umsetzung der Regierungs-Steuerpläne wie die Begrenzung der Verlustvorträge und der Abschaffung der steuerlichen Organschaft mit einer Insolvenzwelle in Deutschland, die den Verlust von 120 000 Arbeitsplätzen vor allem im regional tätigen Baumittelstand zur Folge hätte.

Presseauswertung: rst

**Sozial und solidarisch –
Für die Verteidigung des
Flächentarifs in Berlin**

**Beschluss des Bundestreffens der AG
Betrieb & Gewerkschaft am 9./10. No-
vember in Hannover**

Wir erkennen nicht, dass die verfehlte Steuer- und Finanzpolitik der Bundesregierung zur Verschärfung der finanzpolitischen Situation in den Ländern und Gemeinden geführt hat. Die Parteien im Abgeordnetenhaus und der Senat von Berlin müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Versäumnisse in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik der letzten 12 Jahre sowie politisches Missmanagement die Situation in Berlin in besonderem Maße verschärft haben. Auch wenn die PDS für die finanzpolitische Situation nicht verantwortlich zu machen ist, so ist sie doch verantwortlich dafür, wie der Senat darauf reagiert. Entscheidend für die PDS muss sein, dass sie für die Verbesserung der Einnahmesituation der Länder und Gemeinden eintritt.

Aus diesem Grund wenden wir uns gegen folgende Maßnahmen des Berliner Senats:

1. Der Berliner Senat hat verkündet, aus dem kommunalen Arbeitgeberverband auszutreten. Betroffen hiervon sind die Arbeiterinnen und Arbeiter des originären öffentlichen Dienstes Berlins. Das ist ein schwerer Schlag gegen den größten Flächentarifvertrag der BRD, dem des öffentlichen Dienstes. Die Folgen dieses von den Verantwortlichen der Berliner PDS mitgetragenen Schrittes sind noch nicht übersehbar. Auf jeden Fall werden weitere kommunale Arbeitgeber diesem Schritt mit Hinweis auf den SPD/PDS-Senat folgen. In diesem Fall spielt der Berliner Senat eine negative Vorreiterrolle.

Gerade als sozialistische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die sich bewusst in der PDS organisiert haben, wissen wir um die grundsätzliche soziale und politische Bedeutung des Flächentarifvertrages und halten diesen Beschluss des Berliner Senats für nicht hinnehmbar. Wer am Flächentarif sagt, sagt am Selbstverständnis einer sozialistischen Partei und am Sozialstaat.

Daher fordern wir die Berliner PDS-SenatorInnen, die Abgeordnetenhausfraktion sowie den Berliner Landesvorstand auf, dafür zu sorgen, dass diese Senatsentscheidung zurückgenommen wird.

Den Parteivorstand bitten wir, unmissverständlich deutlich zu machen, dass die PDS entsprechend ihrer Beschlusslage für den Erhalt des Flächentarifvertrages kämpft.

Sollte der Berliner Senat diesen Schritt wieder rückgängig machen, fordern wir ver.di-Berlin auf, wieder an den

Verhandlungstisch zurückzukehren.

2. Wowereit, Simonis und Milbradt haben eine parteiübergreifende Initiative gestartet, um darüber die Möglichkeiten zu schaffen, den Flächentarifvertrag des öffentlichen Dienstes in den einzelnen Bundesländern aushebeln zu können, indem sie die Bundesbesoldungsgesetze abschaffen und durch Landesbesoldungsgesetze ersetzen wollen. Wowereit hat dies mit Zustimmung der PDS getan. Mit anderen Worten: Die PDS beteiligt sich aktiv am schwarzen Sozialabbau im öffentlichen Dienst.

Wir halten dies für nicht hinnehmbar. Wir fordern die PDS-SenatorInnen in Berlin, die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus und den PDS-Landesvorstand Berlin auf, dafür zu sorgen, dass sich das Land nicht mehr an dieser Initiative beteiligt. Die künftigen Ministerinnen und Minister der PDS in Mecklenburg-Vorpommern sowie die Landtagsfraktion und den Landesvorstand in Mecklenburg-Vorpommern bitten wir dafür zu sorgen, dass sich das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht an dieser Initiative beteiligt.

Den Parteivorstand fordern wir auf, für die Öffentlichkeit deutlich sichtbar zu machen, dass die PDS bundesweit für den Erhalt der tariflichen Regelungen im öffentlichen Dienst steht und stattdessen, entsprechend ihrer Beschlusslage, für ein einheitliches Dienstrecht ohne Sozialabbau eintritt.

3. Der Berliner SPD/PDS-Senat hat beschlossen, für die Beamten eine weitere Verlängerung der Arbeitszeit auf 42 Stunden im öffentlichen Dienst der Stadt vorzusehen! Dies steht den Beschlüssen der PDS auf allen Ebenen diametral entgegen! Angesichts der Massenarbeitslosigkeit und der steigenden Arbeitsproduktivität auch im öffentlichen Dienst ein Skandal! Die Politik des Senats führt insgesamt zum Auspielen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (Arbeiter, Angestellte, Beamte) gegeneinander. Eine solche Spaltung der Beschäftigten bringt eine Entsolidarisierung mit sich. Das kann nicht Ziel der PDS sein.

Wir fordern die PDS-SenatorInnen in Berlin, die Abgeordnetenhausfraktion und den Landesvorstand der PDS-Berlin auf, dafür zu sorgen, dass der Senat diese Pläne zur Verlängerung der Arbeitszeit wieder zurücknimmt.

Den Parteivorstand fordern wir auf, bundesweit deutlich zu machen, dass die PDS, entsprechend der Beschlusslage von mittlerweile fünf Parteitagen, für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich steht. Ferner bitten wir den Parteivorstand in diesem Zusammenhang, das Programm für 1,3 Millionen Arbeitsplätze, das die ehemalige PDS-Bundestagsfraktion aufgelegt hat, weiter bekannt zu machen.

Zimmer beklagt Kälte in der PDS in einer Presserklärung am 15. November.

„Eine zunehmende Kälte in der Partei, die uns schwer zu schaffen macht“, beklagte PDS-Chefin Gabriele Zimmer gestern in Suhl. Vor allem unter den Funktionären der PDS nehme dieses Verhalten zu.

Nach der verlorenen Wahl verstärten sich die Probleme noch, „weil für viele die Illusion zerbrach, dass die PDS fest in der Parteienlandschaft etabliert ist“, so die Bundesvorsitzende weiter. Ein Verhalten aber, wo Leute auf der Führungsebene nicht miteinander sprechen, da sie fürchteten, etwas zu verlieren, gefährde die Existenz der PDS zusätzlich, hieß es. Zimmer: „Gerade ein Politikstil, dass wir ein ordentliches Miteinander nicht nur nach außen demonstrieren, sondern wirklich leben, sollte Markenzeichen der PDS sein.“

Ausdruck von Querelen seien sowohl die Wachbuchaffäre um Aktentransporte wie auch eine angebliche Überprüfung der PC von Mitarbeitern in der Berliner Parteizentrale. Statt über die Vorwürfe zu reden, gebe es eidesstattliche Erklärungen. „Wir vermissen aber weder Akten noch hat eine technische Kontrolle irgendwelche Überprüfungen an Computern ergeben“, so die 47-Jährige. Anstatt ihre Ziele zu verfolgen, zerfleische sich die PDS in den eigenen Reihen. Immer mehr Mitglieder würden dies mit wachsendem Unbehagen sehen. Die Zahl der PDS-Mitglieder sinkt ständig. 9700 Genossen – Durchschnittsalter etwa 61 Jahre – gibt es noch in Thüringen. Allein der Suhler Stadtverband hat in zwei Jahren 120 seiner 600 PDS-Anhänger eingebüßt.

Deshalb will sich Zimmer in ihrem Wahlkreis Suhl, Zella-Mehlis, Oberhof profilieren. Dabei geht es ihr vor allem um Beschäftigungsprojekte sowie Bildungsreform und eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen. Die Hartz-Vorschläge seien für Ostdeutschland ungeeignet. Statt Arbeit zu schaffen, würden immer mehr Thüringer dem Land den Rücken kehren. „44 000 Südtüringer pendeln zur Arbeit aus dem Land, die Zahl steigt dramatisch.“

4000 Arbeitsplätze seien in der Region allein 2001 weggebrochen. Die Autobahn verschärfe dies noch. Zimmer kritisierte Suhls Oberbürgermeister Martin Kummer (CDU). Er habe zu viel Zeit verstreichen lassen, einen Städteverbund in Südtüringen zu etablieren. Jetzt, bei knappen Kassen, sei es ungleich schwerer, mit Fördermitteln der „abgehängten Südtüringer Region zu helfen“.

Korrektur: Wir berichtete in der letzten Ausgabe über prominente Parteiaustritten. Dabei ist uns ein Namensfehler unterlaufen: Es muss richtig heißen: Marlies und Dieter Keller.

Zusammenstellung: jöd

„Eile mir täuschender Traum, hin zu den rüstigen Schiffen Achaias!“

(Homer:
Ilias; II; 8)

In einer entscheidenden Szene von Homers wirkungsmächtiger Ilias schickt der höchste Gott Zeus einen täuschenden Traum zum Feldherrn Agamemnon. Zur Vergegenwärtigung: Das gesammelte Heer aller griechischen Stämme liegt im zehnten Jahr vor der Stadt Troja, um die mehr oder weniger entführte schöne Helena, die schönste aller Frauen, aus ihrer mehr – oder – weniger Gefangenschaft zu befreien. Da keine wesentlichen Fortschritte erzielt werden, wächst die Unruhe im Heer. Zusätzlich kommt es zu einem Streit zwischen Agamemnon, oberster Befehlshaber der Griechen, und Achilles, dem unumstrittenen Helden des Heeres. Als ihm Agamemnon seinen Anteil an der bisherigen Beute verweigert, weigert sich Achill, an den Kämpfen weiter teilzunehmen, und bittet seine Mutter, die Göttin Thetis, um Hilfe, Rache nehmen zu können. Als die Führung des Heeres den Feldzug schon beenden will, schickt Zeus auf Bitte von Thetis den täuschenden Traum, der Agamemnon einen baldigen Sieg verkünden und ihn somit in eine Auseinandersetzung, die er ohne Achill nicht gewinnen kann, treiben soll. Agamemnon mobilisiert alle Kräfte, außer Achill. – Die Trojaner kommen bei ihrem Gegenschlag bis auf die Schiffe des griechischen Heeres, das kurz vor der Vernichtung steht, bis Achill, veranlasst durch den Tod seines engen Freundes Patroklos, wieder eingreift.

Es ist aus heutiger Sicht etwas befreindlich und in sehr engen Grenzen erheiternd, dass sich die Griechen den Vorgang, dass Agamemnon sich in den Kräfteverhältnissen getäuscht hat, nur durch eine göttlich determinierte personale Kraft haben denken können. So bestätigt der „täuschende Traum“ Zeus' seinen Auftrag, bevor er sich auf den Weg macht.

Probleatisch wird es, wenn das Muster dieses antiken Erklärungsversuches in der Diskussion um die Wahlniederlage der PDS auflebt. Es ehrt die Partei, dass sie in der Mehrheit die Schuld bei sich selber sucht, und doch: waren wir nicht ausgeliefert, chancenlos in der „Amerikanisierung“ dieses Wahlkampf-

fes? Ist es nicht so, dass nur noch Personen zählen, dass wir mit unseren, ach! so guten Inhalten allen anderen Parteien, die sowieso nur noch Wahlvereine für einzelne Überpersönlichkeiten sind, unterliegen mussten? Gregor Gysi war es, der sich am Wahlabend beschwerte, dass Programme nicht gezählt hätten. Sein Rücktritt sei es gewesen, der die Niederlage verursacht habe, wobei es um seine Persönlichkeit geht, und nicht darum, dass seine Person für eine gewisse Politik gestanden hätte. Der personale Gegensatz Schröder – Stoiber und ein Nicht-Gysi waren also die Faktoren für die Niederlage. Sofort wird eine „charismatische“ Führung, anstelle der „blassen“ Gabi Zimmer gefordert (gut, dass Parteitage entscheiden).

Vor vier Jahren war die Situation für die PDS erheblich enger. Die mehrheitliche Stimmung „Kohl muss weg“, hatte auch damals angeblich zur strategischen Frage geführt, ob diejenigen, die eine weitere Amtszeit Kohls verhindern wollen, nicht besser SPD oder Grüne wählen sollten. Außer dem Magdeburger „Ein bissler“-Modell war eine Zusammenarbeit von SPD und PDS mit bundesweiter Ausstrahlung damals nicht Praxis und nur schwer vorstellbar. Trotzdem hat es zu einer Mehrheit für Rot-Grün und den Einzug der PDS mit Fraktionsstärke satt gereicht.

Übrigens ist Helmut Kohl das klassische Beispiel, dass es keine Personalisierungen sind, die Wahlen entscheiden. Man werfe einen Blick auf Kohls Ruf in der öffentlichen Meinung der BRD der achtziger Jahre. Hält man die Bevölkerung nicht für so dämlich, sich lediglich zwischen von den Medien gepuschten Personen entscheiden zu können, kann man die Ursachen für die Niederlage nur in der konkreten Politik suchen. Die meisten Menschen wissen sehr genau, wie sich bestimmte politische Vorgänge, Entscheidungen und Programme auf ihre Lebenssituation auswirken, und lassen sich davon bei der Wahl leiten. Verleugnet man dies, landet man bei einem autoritären Menschen-, bzw. Politikverständnis, da man es ja mit einer offensichtlich medienhörgen, erziehungsbedürftigen Horde zu tun hat, der man nur eine geeignete Führung gegenüberstellen müsste.

Moderne Menschen und insbesondere Sozialisten, die ja die mo-

dernsten aller Menschen sind, haben keine Träume, sondern Visionen oder besser Utopien. Die Utopie als vorgestellte, gemeinsame Vorstellung einer nicht realen, zukünftigen Gesellschaft ist eines der zentralen Motive der PDS gewesen. Vereinzelt wurde die gesamte Existenzberechtigung der PDS auf dem Argument aufgebaut, es müsse eine Stimme geben, die die Vision einer besseren Welt aufrecht erhält. Zugegebenermaßen ist dieser Gedanke nicht reizlos. Wer will einen schönen Traum nicht mitträumen? Mittelfristig ist die Vision jedoch keine tragfähige Grundlage, da es nun mal nicht möglich ist, die Träume anderer zu denken. Sich



Homer

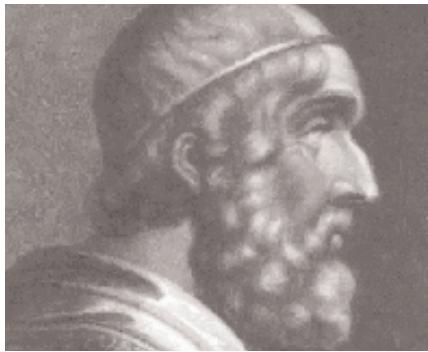
etwas vorzustellen – dazu ist nur der Einzelne fähig. Höchstens im Individuum kann eine bessere Zukunft erdacht werden, und diese scheitert dann weniger an vorgestellten als an konkreten Gegebenheiten. In der Ilias wird der Zweifel, den die Versammlung der Feldherren an den Träumen Anderer hat, durch die Berufung auf die Autorität dessen, der träumt, aufgelöst. So gewinnt Nestor, einer der angesehensten Befehlshaber, die Mehrheit für die Offensive erst, nachdem er feststellt, etwaigen Träumen etwaiger Anderer als des großen Agamemnon nicht folgen zu wollen.

Ähnlich wie dies das griechische Heer in die Katastrophe, hat die Vision als politische Strategie die PDS in eine gewisse Hilflosigkeit getrieben. So ist sie mit sehr hohen Ansprüchen in die Bundes-



Achill

tagswahl gegangen, Ansprüchen, die in Form frommer Wünsche, daherkamen, ohne dass eine Strategie zu ihrer Umsetzung erkennbar gewesen wäre. Nicht der Gedanke, einzelne Bewegungen und emanzipatorische Kräfte zu stärken, stand im Vordergrund, sondern der Gedanke, Vorstellungen, wie die Gesellschaft gut, besser, am besten wäre, publik zu machen. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die maßgebliche Autorität der Staat. Dieser müsste nun also die Vorstellungen übernehmen, sollen sie verwirklicht werden, er ist in dieser Konzeption das Subjekt zur Durchführung gedachter Gesellschaftsveränderungen. Diese Vorstellung war in und mit der DDR eigentlich bereits gescheitert. Nun also wiederbelebt, legt sie das Verhältnis zu anderen Parteien weitgehend fest: führt man den Konflikt darum, wer den Staat am Besten leiten kann, so steht man in direkter Konkurrenz mit SPD und Grünen, ohne einen eigenständigen, ansatzweise



Homer

alternativen Beitrag zu tatsächlichen Gesellschaftsveränderungen leisten zu können. In Sachsen-Anhalt hat sich die Krise einer linken Bündnispolitik in Deutschland offen gezeigt. Es war zunächst die SPD, die Schläge einstecken musste, und die PDS konnte weiterhin glauben, von Wahlerfolg zu Wahlerfolg zu eilen, ohne ihre Politik am konkret Erreichten, am realen Erfolg messen zu müssen. Dass es die Sozialdemokraten sind, die uns verraten haben, wussten wir ja schon immer.

Gabi Zimmer hat recht, wenn sie feststellt, dass nicht die PDS als sozialistisches Projekt in der BRD abgewählt wurde. Abgewählt wurde eine bestimmte Parlamentsfraktion, die in die Legislaturperiode ging, mit dem Anspruch Rot-Grün ihre eigenen Anträge wieder vorzulegen, sprich: durch deren Oppositionspolitik zu entlarven. Ähnlich auch der Tenor des Leitantrages des bayerischen Landesverbandes zur Bundestagswahl, nach dessen Sinn zu suchen, wohl ausreichend Beschäftigung für die nächste Legislaturperiode bieten würde, sowie Gysis Rede auf dem Münchner Marienplatz: Natürlich, zur Not würden wir Schröder mitwählen, aber Verräter sind die Sozialdemokraten, und überhaupt sind wir viel schöner ... Und dies, nachdem Gysis Rücktritt für die Öffentlich-

keit ein Signal war, dass es möglich wäre, auch der PDS in Berlin ihre eigenen früheren Anträge vorzulegen. Wenn Genosse Bartsch erklärt, dass die PDS bereit sei, einen Kanzler Schröder gegebenfalls mitzuwählen, um zu verhindern, dass die reaktionärsten Elemente des bürgerlichen Lagers an die, wenn auch nur parlamentarische, Macht kommen, so verwässert er nicht die Position der PDS, sondern spricht eine Selbstverständlichkeit aus. Problematisch war die Selbst-

gerechtigkeit der PDS in dieser Frage. Statt offensiv die Gefahr, die von der CSU ausgeht, anzugreifen, hat man ein gönnerhaftes Gehabe an den Tag gelegt, und die politische Auseinandersetzung durch Rechenspiele ersetzt, die sich als falsch erwiesen. Sie ist mit diesem anmaßenden Habitus in die Falle der SPD gerannt, die ohne jeglichen gesellschaftlichen Widerspruch erklären konnte, dass sie mit uns keinesfalls zusammenarbeiten würde.

Johannes Kakoures

Lohnen Visionen ?

Wenn die Kritik der vorgefundenen Verhältnisse stecken bleibt, ja was dann? Wenn man nicht versteht was vorliegt, ist, logisch, Verständigung nicht möglich, aber gefühlte Gemeinsamkeiten lassen sich trotzdem kultivieren. Am besten durch Reklame sogenannter „Lösungen“. Die PDS hat sich im jetzt vergangenen Wahlkampf in diese Richtung weit treiben lassen. Wie weit, belegt eine Serie von acht Postkarten, die als Karikaturen gestaltet, traumhaft klare Lösungen gesellschaftlicher Probleme anbieten. Zum Beispiel, dass hier Träume kultiviert werden, die täuschen, ein paar Worte zum Blatt Nr. 1, „Die Rente muss stimmen“.

Altern ist nicht halb so heiter, wie hier nahegelegt. Nach der Verrentung kommt nicht der Lebensabschnitt, in dem nun endlich mal Zeit genug da ist, und nichts fehlt außer Geld. In der Praxis sieht es anders aus. Da ist schon mal die Singularisierung. Nicht nur dass Partner, Freunde und Bekannte wegsterben. Weil sich Sozialkontakte immer auch mit Blick auf eine zeitliche Perspektive aufzubauen, wird es immer schwieriger, neue Kontakte aufzubauen, auch wenn bei der Gesundheit und beim Geld keine Problem wären. Unterstreiche: wäre. Denn der Aufwand für die Gesunderhaltung steigt. Selbst im besten Fall benötigt der Mensch im Alter eine Vielfalt von sachlichen und persönlichen Hilfen. Die Gesellschaft will den Aufwand minimieren und längst hat sich eine abgesonderte Welt von Heime und Pflegestätten entwickelt, die ängstigt. Das Bildchen setzt gegen

die Einschränkungen und den Hilfsbedarf, den das Alter mit sich bringt, den Motorradausflug in die Wüste, Jugendlichkeit. Mag sein, dass so was manche Betroffene schmeichelt, dass man ihnen das noch zutraut usw., aber andere, Nachdenklichere werden sich getäuscht fühlen.

Für die Politik wichtig ist der verbreitete Wunsch, das Alter in der gewohnten Umgebung und so selbstständig wie möglich leben zu können. Das ist für die Politik wichtig, weil auf politischem Wege die Infrastruktur und die nötigen Hilfen angeboten werden können. Von der Planung geeigneter, für gemischte Altersgruppen angelegter Wohnanlagen, über Unterstützung bei der Haushaltsführung und vielem anderem mehr. Dazu kommt noch, dass die Karikatur die Frage der Höhe der Geldrente verzeichnet.

Indem suggeriert wird, dass, wenn „die Rente stimmt“, nur noch das Problem übrigbleibt, welches Vergnügen als nächstes anzusteuern wäre, gerät aus dem Blick, dass es uns um die Mindestrente geht, dass diese erkämpft werden muss, dass sie ohne scharfes Rechnen und sachliche Verständigung zwischen den Generationen nicht erkämpft werden kann.

So naiv und leichtfertig Reformchancen auszumalen, schafft nicht Vertrauen.

Wenn die Partei linkspopulistischer Traumseligkeit frönt, wird sie – Wahl für Wahl – gerüttelt werden, bis sie wach ist.

maf



Postkarte der PDS im Bundestagswahlkampf 2000: „Die Rente muss stimmen“.

SPUREN IN STEIN UND MESSING

Ein politisches Kunstprojekt in Freiburg und andreswo

STOLPERSTEINE

Am 22. Oktober, dem 62. Jahrestag der Deportation der Freiburger Juden, wurde in Freiburg der erste Stolperstein in der Goethestrasse 33 für den jüdischen Professor für Nationalökonomie Robert Liefmann verlegt. Der Stein mit Messingplatte erinnert an Professor Liefmanns einstigen Wohnort im Freiburger Stadtteil Wiehre. Liefmann wurde von den Nationalsozialisten aufgrund seiner jüdischen Herkunft zwangsermißt und am 22. Oktober 1940 zusammen mit seiner Familie und 450 Freiburger Jüdinnen und Juden in das Konzentrationslager Gurs in Südwestfrankreich deportiert. Der Hochschullehrer starb bereits fünf Monate nach der Deportation. An Liefmann erinnert nun ein 10 x 10 cm grosser Stolperstein mit einer Messingplatte, deren Schrift der Künstler Gunter Demnig mit Schlagbuchstaben gehämmert hat. Etwa 20 Gäste aus Politik und Kultur wohnten der Verlegung des ersten Stolpersteins in Freiburg bei. Der Freiburger Schauspieler Ullo von Peinen las bei der „illegalen“ Verlegung Passagen aus Briefen von Robert Liefmann aus Gurs und Morlaas.

Individuelle Erinnerungsmale für Freiburg

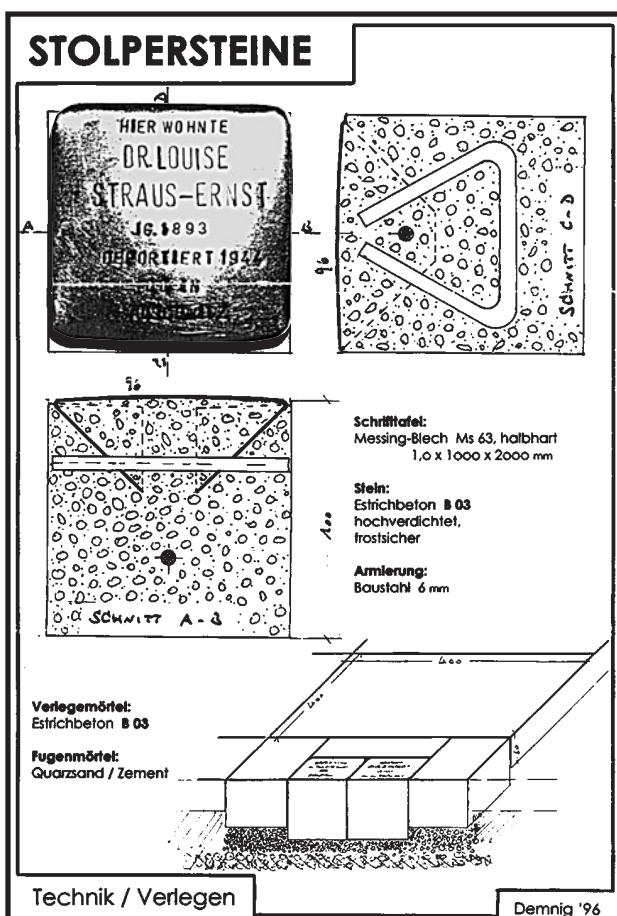
Dieser erste Stolperstein für Robert Liefmann soll der Beginn eines grossen Denkprojektes für die Freiburger Opfer des NS-Terrors, das von Marlis Meckel initiiert wird, sein. Marlis Meckel hat die Idee und das Projekt des Kölner Künstlers Gunter Demnig, an die Verfolgung und Vernichtung der Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen, Zeugen Jehovas, Euthanasieopfer, Zwangsarbeiter, antifaschistischen Widerstandskämpfer und aller Opfer des Nationalsozialismus durch Stolpersteine im öffentlichen Raum zu erinnern, für Freiburg aufgegriffen.

Das Projekt Stolpersteine von Gunter Demnig

Gunter Demnig verfolgt sein Projekt der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus durch individuelle Stolpersteine seit 1992. Für den als „Spurenleger“ bekannten

Künstler ist es wichtig, daß diese Erinnerungsmale in unserer Lebensmitte zu finden sind. Die Gedenksteine werden so zu Stolpersteinen gegen das Vergessen, genau an dem Ort an dem die NS-Opfer gewohnt und gelebt haben.

In Köln hat er im Jahr 1996 den ersten Stein illegal in der Oranienburger Strasse in den Gehweg eingelassen – 50 weitere folgten. Gegen große Widerstände, besonders auf Verwaltungsebene der Stadt Köln, setzte der 1947 in Berlin geborene Künstler, sein Projekt in Köln durch. Diese 51 Steine wurden dann nachträglich legalisiert und viele weitere folgten mit dem Einverständnis der Stadt und der finanziellen Unterstützung von Privatleuten. Mittlerweile konnte der Wahlkölner u.a. in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Wuppertal, Euskirchen, Bonn, Leverkusen, Erkelenz, Wermelskirchen, Brühl und nun auch Freiburg über 2000 Stolpersteine für Opfer des deutschen Faschismus verlegen. Für die Ausweitung des Erinnerns durch steinerne Denkan-



Demnig '96

stösse im Alltag in europäische Städte, hat Gunter Demnig bereits Kontakte nach Antwerpen, Amsterdam, Mailand, Paris, Budapest und Saloniki geknüpft. zu dem Projekt geäußert, das nun im Kulturausschuss und danach im Hauptausschuss diskutiert und dann entschieden werden soll. Denn es geht ja, so der Sprecher der Stadt Freiburg Walter Preker, „um die Nutzung öffentlichen Straßenraums“. Der Stein in der Schillerstraße nutzt den öffentlichen Straßenraum also derzeit noch illegal.

Patenschaften für Steine

Die Initiative will das gesamte Projekt über Patenschaften für die einzelnen Stolpersteine finanzieren. Der Preis für eine Patenschaft liegt bei 75 Euro. Zur Zeit gibt es schon 75 Paten für Steine, die an die Freiburger Opfer des NS-Regimes erinnern sollen. Zunächst ist die Verlegung von 500 bis 1000 Stolpersteinen in Freiburg geplant.

Wer Interesse an einer Patenschaft für einen Stein hat, oder weitere Informationen zu dem Projekt „Stolpersteine“ haben möchte, wendet sich bitte an: Büro für ungewöhnliche Massnahmen, Sautierstraße 21, 79104 Freiburg.

(dim, aus an/az)



Nicht nur ein Rückblick auf den Grundlagenvertrag

Von Franz-Karl Hitze

Das 6. Potsdamer Kolloquium zur Außen- und Deutschlandpolitik am vergangenen Wochenende (14./15. November) war von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg (Dr. Detlef Nakath) konzipiert worden. Im Mittelpunkt stand der 30. Jahrestag der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags DDR-BRD. Zur Diskussion standen weiterhin die deutsch-deutschen Beziehungen in den siebziger und achtziger Jahren.

Das Kolloquium in der Spielstätte des Hans-Otto-Theaters Potsdam war mit über 70 Politikern, Ex-Diplomaten, Wissenschaftlern und namhaften Publizisten honorig besucht. Es war über beide Tage neben dem Eröffnungsvortrag des Tagungsleiters Dr. Detlef Nakath in vier Unterthemen unterteilt. Höhepunkt war zweifellos das als „Kreuzhör“ angekündigte Gespräch mit Prof. Egon Bahr. Dr. Nakath und Dr. Johannes L. Kuppe (Bonn) wollten viele Details über Hergang und Wurzeln der neuen Ostpolitik Brandts wissen, obwohl der politische Altprofi Egon Bahr darüber schon in Hunderten Gesprächen, Talkshows, Artikeln und eigenen Büchern in den letzten zwölf Jahren scheinbar alles gesagt hatte. Interessant für die Zuhörer war seine These, dass mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages die damaligen beiden deutschen Staaten ihre Souveränität bedeutend gefestigt hätten. Diese These tauchte dann auch in der ersten Podiumsdiskussion „Der Grundlagenvertrag und die Deutschlandpolitik“ mehrfach wieder auf. Dr. Werner Baumgärtel, ehemals Stellvertreter von Botschafter Dr. Michael Kohl als Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, Karl Seidel, der fast zwanzig Jahre lang die Abteilung BRD im MfAA der DDR leitete, Dr. Klaus Schütz, ehemals Regierender Bürgermeister von „Halb“-Berlin (O-Ton des Moderators Rene Heilig vom Neuen Deutschland) und Ernst Günter Stern, pensionierter Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt der BRD waren eifrige Diskutanten.

Karl Seidel, den Ernst-Günter Stern auf der anderen Seite als Kontakt und Verhandlungspartner gegenüberstand, bestätigten sich eines sehr prinzipiellen, sachlichen, aber auch menschlichen Umgangs miteinander. Seidel hob in seinem Eingangsstatement hervor, dass nach Abschluss der Verhandlungen im Grundlagenvertrag bis 1990 insgesamt 48 Nachfolgevereinbarungen zwischen Organen beider deutschen Staaten abgeschlossen wurden. Zuvor gab es bekanntlich das Transitabkommen und einen bedeutenden Verkehrsvertrag DDR-BRD. Seidel,

für seine offenen, sachliche aber auch überaus kritische Positionen bekannt, widersprach Auffassungen in westlichen Medien der siebziger Jahre, mit denen Walter Ulbricht, Vorsitzender des Staatsrats der DDR, als „Blockierer“ für Verhandlungen mit der BRD bezeichnet und verunglimpt wurde. Seidel konnte aus eigener Erfahrung richtig stellen: „Das genaue Gegenteil war der Fall. Die eigentlichen Blockierer saßen in Moskau.“ Seidel konnte mit Recht auf sein Buch „Berlin-Bonner Balance“ verweisen, wo er an verschiedenen Stellen über die Hegemonialmacht Sowjetunion und ihr Verhalten zu den deutsch-deutschen Beziehungen berichtet hatte.

Nach Seidel sprach Ernst-Günter Stern und schilderte aus dem Blickwinkel der AG 22 im Bundeskanzleramt in Bonn die Arbeit und Vorbereitungen der Gespräche, die vor allem Egon Bahr mit der DDR-Seite geführt hatte. Dazu leistete auch das Ministerium für innerdeutsche Fragen, neben dem Auswärtigen Amt, für die Verhandlungsgruppe eine ungeschätzte Zuarbeit. Namen fielen von Mitarbeitern aller westdeutschen staatlichen Institutionen, die an der Erarbeitung des Grundlagenvertrages maßgeblich beteiligt waren. Stern gab auch einige Bonmots zum Besten. Obwohl in der grauen und kalten Vorzeit des Grundlagenvertrages offizielle Kontakte in der BRD mit der DDR verpönt waren, gehörte genaues Wissen über den Partner auf der anderen Seite zum Prinzip der diplomatischen Tätigkeit. So bekam der damalige Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt den Auftrag an einer Fahrplankonferenz zwischen der Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn als „Verkehrspolitiker“ teilzunehmen. Süssig schilderte Stern seine Intentionen: „Ich setzte (im Geiste) mir eine rote Eisenbahnmütze auf und fuhr nach Münster.“ Er hatte das Gelächter des Auditoriums auf seiner Seite.

Dr. Baumgärtel schilderte die Kontaktarbeit der inzwischen eingerichteten ständigen Vertretung der DDR in Bonn. Mit Vergnügen berichtete er, dass trotz einiger Tabus in der Haltung des Bonner Auswärtigen Amtes, die DDR-Diplomaten sich ständig zu Gesprächen und Informationskonsultationen bei Genschers Mannen aufhielten. Und obwohl die Existenz des Ministeriums für Innerdeutsche Fragen von der DDR missachtet wurde, zumindest offiziell, hatte Dr. Baumgärtel selbst erfolgreiche, die Beziehungen fördernde Gespräche mit dem Ministerium von Frau Willms.

Dr. Klaus Schütz berichtete über seinen Anteil am Zustandekommen des Grundlagenvertrags und die West-Berlin-Politik Bonns. Letztere und natürlich

auch die der DDR seien aus seiner heutigen Sicht falsch gewesen. Vom vierseitigen Abkommen über West-Berlin war die Rede und die inzwischen zugegebene Tatsache, dass das Abkommen nicht von den vier Botschaftern der Großmächte, sondern unter kritischer Beobachtung durch die französische Seite in Bonn vom USA-Botschafter Rush, dem sowjetischen Missionschef Falin und von Egon Bahr verhandelt und formuliert wurde.

An dieser Stelle sei eingefügt, dass es dem Verlauf des 6. Kolloquiums gut angestanden hätte, die deutschen Parallelbeziehungen und die europäische Sicherheit zu diskutieren. Dieses Thema blieb einen Schlussvortrag von Dr. Hans Voß, einem der bekanntesten Deutschlandpolitiker der DDR, vorbehalten. Voß hatte nämlich festgestellt, dass die „deutsch-deutschen Beziehungen einen positiven Einfluss auf den Entspannungsprozess in Europa ausübten, obwohl sich die DDR wie auch die BRD den Gegebenheiten der jeweiligen Bündniszuordnungen anpassen mussten“. Mit dem Satz „sie verfügten jedoch über ein bestimmtes Maß an Eigenständigkeit“, stellte Voß wie auch kritische Diskussionen in der Pausenlobby die These von Egon Bahr (siehe oben) zumindest in Frage.

Der zweite Diskussionskreis befasste sich mit den Auswirkungen der Deutschlandpolitik auf die innenpolitische Situation in beiden deutschen Staaten. Prof. Dr. Rolf Reißig polemisierte mit dem Dialogpapier SED/SPD und seinen Wirkungen auf die SED-Mitgliedschaft und die Weisung des ZK, darüber nichts zu publizieren. Dr. Peter Bender dagegen schilderte aus eigener Analyse im SIPRI London, wie der Grundlagenvertrag in den benachbarten Staaten und den USA aufgefasst und gewertet wurde.

Das 6. Kolloquium zur Außen- und Sicherheitspolitik folgte der Tradition der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg/Berlin und des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e.V., sich an der Geschichtsaufarbeitung aktiv und konstruktiv zu beteiligen. Im November des nächsten Jahres soll die Rolle von DDR und BRD in den Vereinten Nationen diskutiert werden. Im Kontext dazu ist der Schlussatz von Dr. Voß ein Anknüpfungspunkt, wenn er feststellte: „Ebenso wie in den Vereinten Nationen war wohlzuwend, dass beide deutschen Staaten ihre Differenzen auch aus der KSZE heraustraten.“

Oder steht auf dem 7. Kolloquium ein ganz anderes Thema zur Debatte?

Egon Bahr brachte im sogenannten „Kreuzverhör“ zum Ausdruck, dass es in den USA beschlossene Sache sei, gegen den Irak militärisch zu intervenieren. Er schloss auch nicht aus, dass danach weitere Staaten in der Nachbarschaft des Irak der amerikanischen Militärmaschinerie zum Opfer fallen könnten. Explizit nannte er aber keine Namen.

Neues Buch über Seeleute im Zeichen des Hakenkreuzes:

Keine Fans des Führer-Willens

Von Thomas Klaus in „Antifa-Nachrichten“

Eine im wahrsten Sinne des Wortes schwergewichtige Studie über Seeleute aus Bremen in der Endphase der Weimarer Republik und in der Nazizeit hat jetzt der junge Historiker Thomas Siemon vorgelegt. Das 600-seitige Buch „Ausbüxen – Vorwärtskommen – Pflicht erfüllen“ erschien in der Schriftenreihe des Staatsarchivs der Freien Hansestadt Bremen. Und es trägt den Untertitel: „Bremer Seeleute am Ende der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus 1930–1939“.

Der wissenschaftliche Charakter des Werkes ist nicht zu leugnen. Einfach und schnell zu lesen ist es nicht – trotz vielfältiger Illustrationsmittel und einer klaren Gliederung. Wer sich durch den „Schinken“ wälzt, erfährt jedoch Grundlegendes und durchaus Spannendes über die Rolle der Seeleute.

An vielen von ihnen bissen sich die Nazis – bildlich gesprochen – die Zähne aus. Das steht nach der Lektüre des Siemon-Buches fest. Das Hakenkreuz war in diesen Kreisen als „Hungerhaken“ bekannt und galt weniger als Symbol eines „Tausendjährigen Reiches“. Und auch von solchen „abfälligen“ Bemerkungen abgesehen, verweigerten ganze Heerscharen von Seeleuten den braunen Machthabern die Gefolgschaft. In dem Buch von Thomas Siemon wird unter anderem dieses Beispiel genannt: Noch im März 1933 kritisierte der Verband deutscher Schiffssingenreie Adolf Hitler scharf. Durch einen Austritt aus dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (AfA) sollte noch im selben Monat eine Gleichschaltung verhindert werden – ein vergebliches Unterfangen: Im Mai stürmte ein Stoßtrupp der NS-Betriebszellenorganisation (NSBO) die Verbandsgeschäftsstelle in Bremen und setzte eine nazi-treue Führung ein.

Die meisten Seeleute verzichteten jedoch auf eine solch unverhüllte Opposition. Thomas Siemon zieht in seinem Buch das Fazit: „Obwohl sich viele Seeleute eines eigenen, kritischen Urteils über die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik wie über die Zerstörung rechtsstaatlicher Ordnung nicht enthielten, leisteten sie weiterhin ‚gute Arbeit‘, bemühten sich ums ‚Vorwärtskommen‘ und versahen ihre Pflicht, deren Erfüllung irgendwann wohl einmal belohnt würde – vom Vorgesetzten, von der Reederei, dem Staat oder wem auch immer.“

Für die Nazis war es eine klare Angelegenheit, dass auch auf See Hitlers Befehl gelten und eine Herzenssache für alle Deutschen sein sollte. Die NSDAP-nahe Zeitschrift „Seefahrt ist not“ formu-

lierte das 1935 folgendermaßen:

„Es ist der Wille des Führers, dass der Nationalsozialismus in die letzte Hütte und in das letzte deutsche Schiff eindringt.“

Kampf um die Bücher an Bord

Das gedruckte Wort sollte dabei besonders nützlich sein. Das Buch „Ausbüxen – Vorwärtskommen – Pflichterfüllen“ schildert in diesem Zusammenhang Konflikte zwischen dem Norddeutschen Lloyd und den Nazis. Grundsätzlich wollte auch die Führung der bedeutenden Reederei, dass die Seeleute „das Richtige“ lesen. Deshalb wurden den Frachtdampfern bereits 1931 die ersten Büchereien mitgegeben, „um durch sie zu wahrhaft nutzbringender Ausfüllung der Freizeit seiner Schiffsbesatzungen beizutragen und durch sie gleichzeitig auch den unheilvollen Ausflüssen marxistischer Zersetzungspolitik einen gewissen Widerstand zu leisten“.

Vier Jahre später umfassten die Buchbestände des Norddeutschen Lloyd rund 20.000 Bände. Betreut wurden sie von der Literarischen Abteilung. 1934 trat die Kraft-durch-Freude-Abteilung der NSDAP-Auslandsorganisation (AO) auf den Plan. Sie fertigte Bücherlisten an und wollte auf die Zusammenstellung der Bordbibliotheken Einfluss nehmen. Doch beim NDL widersetzte man sich energisch – mit dem Hintergedanken, dass eine Bibliothek nicht nur aus politischer Literatur bestehen dürfe. Auch Krisensitzungen zwischen der NSDAP-AO-Führung und der Unternehmensspitze brachten keine Einigung im Sinne des „neuen Staates“.

Gegen die Nazi-Propaganda zeigten sich unendlich viele Seeleute weit gehend immun. Das war quasi „kraft Amtes“ so, weil das Personal auf den Schiffen zu einer Zeit die Welt entdecken konnte, in der das den „normalen“ Deutschen verwehrt blieb. Das bedeutete eben auch, dass die Propaganda von Hitler, Goebbels & Co. mit der Wirklichkeit verglichen werden konnte. Außerdem zeigten sich Seeleute häufig toleranter gegenüber Menschen anderer Religion oder Hautfarbe, weil sie es gewohnt waren, mit ihnen zusammen zu arbeiten.

Dass sich eine große Zahl der Seeleute dem Willen der Nazis nicht beugen wollte, hatte auch nicht zuletzt mit der Situation an Bord zahlreicher Schiffe zu tun. Um die war es nämlich alles andere als zum Besten bestellt, wie zum Beispiel der Parteifunktionär Kurt Thiele in einer entsprechenden

Untersuchung Mitte der dreißiger Jahre einräumen musste. Auf manchen Schiffen, stellte der Gauleiter Seefahrt fest, rührten die Besatzungsmitglieder die warmen Mahlzeiten nicht an; ihr Geschmack sei nämlich unerträglich. Stattdessen werde lieber Brot gegessen. Die Folge: Die Margarine sei mittags schon immer aufgebraucht. Auch über die äußerst beengten Platzverhältnisse und das Rattenproblem an Bord klagten Seeleute gegenüber den von Thiele entsandten Wissenschaftlern. Allerdings kam es zu deutlichen sozialen Verbesserungen, nachdem die Rüstungsindustrie immer mehr Arbeiter von der Schiffahrt abgeworben und damit einen massiven Fachkräftemangel ausgelöst hatte.

Besagter Kurt Thiele nahm übrigens im Schiffahrtsbereich für die Nazis eine Schlüsselposition ein. Der ehemalige kaufmännische Angestellte des Norddeutschen Lloyd, der bereits 1923 in die NSDAP eingetreten war, avancierte 1929 zum Ortsgruppenleiter in Bremen. Später stieg er zum Fraktionsführer in der Bremischen Bürgerschaft, dem Landesparlament auf. Beim Norddeutschen Lloyd scheint man schon 1930 gewittert zu haben, dass die Nazis bald eine politische Kraft sein würden, an der kein Weg vorbei führt. Thiele wurde in jenem Jahr in den Reichstag gewählt, doch der NDL bezahlte ihn weiterhin. Von diesem doppelten Gehalt gönnte sich der Nazi-Politiker einen besoldeten Mitarbeiter für Parteibelange; der wurde also letztlich von der Reederei bezahlt.

1932 fassten die Nazis die Parteimitglieder auf den deutschen Schiffen in einer eigenen „Abteilung Seeschiffahrt“ zusammen, die später der AO einverleibt wurde. Die AO setzte auf jedem Schiff einen „Politischen Leiter“ ein, dem der SA-Führer an Bord unterstand. Auch die Nazis wagten es jedoch nicht, an der besonderen Stellung des Kapitäns zu rütteln. Er blieb auch in der Zeit ihrer Herrschaft der Inhaber der absoluten Schiffsgewalt. Übermäßig viel zu tun gab es nicht für

diese Parteigliederung, denn das Interesse der Seeleute an einer NSDAP-Zugehörigkeit hielt sich in Grenzen. Noch am größten war diese Resonanz auf den Passagierschiffen. Der Luxusliner „Europa“, der für NDL fuhr, brachte es auf einen Organisationsgrad von fast 100 Prozent und stellte somit die stärkste NSDAP-Ortsgruppe auf den schwankenden Planken.

Thomas Siemon: „Ausbüxen – Vorwärtskommen – Pflicht erfüllen“, Selbstverlag des Staatsarchivs Bremen, ISBN 3-925729-32-1, Preis: 39 Euro



23. November, Düsseldorf: Corporate War. Krieg, Konzerne und demokratische Bewegungen am Beispiel des Bayer-Konzerns.
Die Coordination gegen BAYER-Gefahren lädt ein zur Tagung „Corporate War – Krieg, Konzerne und soziale Bewegungen“. In der ganztägigen Veranstaltung werden folgende Bereiche diskutiert: • Analyse des „Kriegs gegen den Terror“, seiner Ziele, Folgen und Perspektiven: Wie hat er die politische Szene geprägt und verändert? • Auswirkungen auf die demokratischen Bewegungen: Wie viel Spielraum bleibt? Wie sehr leiden Aktionsgruppen und Globalisierungskritiker unter der neuen Entwicklung? • Historischer Abriss über den Zusammenhang von Krieg und ökonomischen Interessen, speziell die Rolle transnationaler Konzerne. • Wie hat sich die gesetzliche und juristische Situation nach dem 11. September in Deutschland geändert? Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, e-mail: CBGnetwork@aol.com – www.CBGnetwork.org, Tel: 0211-26 11 210 Fax: 0211-26 11 220

4. Dezember, Berlin: Podiumsdiskussion „Friedensstrukturen“ mit Yasser Abed Rabo (Kultur- und Informationsminister der Pal. Autno., Ramallah) Yossi Beilin (ehem. isralischer Minister), Yael Tamir (Prof. an der Uni Tel Aviv, Mitbegründerin von Peace Now [<http://www.peacenow.org.il/english.asp>]), Sari Nusseibeh (Präs. der Al Quds-Uni, Jerusalem), 19.15 Uhr, HdKW, John-F.-Dulles-Allee 10 [schon ab 15 Uhr, Statements, Diskussionen, Filme], [im Rahmen der Reihe „Ost-westliche Begegnungen im Haus der Kulturen der Welt“]
Kontakt: Haus der Kulturen der Welt, John-F.-Dulles-Allee 10, 10557 Berlin, Tel.: 030/39787-0, Fax: 030/3948679, E-Mail: info@hkw.de – Internet: <http://www.hkw.de>

5. Dezember, Berlin: Informationsveranstaltung „Irak: Die Kurden und der Krieg“ mit Prof. Dr. Habib (Berlin), Sabah Alnasseri (Frankfurt/Main), VertreterInnen von PUK, KDP, HADEP und Kurdistan Nationalkongress, 19 Uhr, Abgeordnetenhaus Berlin, Niederkirchnerstr. 5, VA: RSL, Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein e.V., PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Kontakt: Rosa Luxemburg Stiftung, Dr. Fritz Balke, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel.: 030/2978-1153, Fax: 030/29784222. E-Mail: info@rosaluxemburgstiftung.de, Internet: <http://www.rosaluxemburgstiftung.de>

5. Dezember, Bremen: (geplant) Demonstration anlässlich der Herbstkonferenz Innenministerkonferenz (IMK) am 5. Dezember 2002 in Bremen, VA: Antifaschistisches Komitee, AntiRassismusBüro Bremen (ARAB), Autonome Antifa Gruppe Bremen (AAGB), Bluna, Bremer Anti-Atom-Forum (BAAF), g.rappa, Hugg, Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen, kassiber, u.a. Kontakt: Antirassismus Büro Bremen, Sielwall 38, 28303 Bremen, Tel.: 0421/706444, Fax: 0421/706445. E-Mail: arab@is-bremen.de – Internet: <http://www.is-bremen.de/arab>

8. Dezember, Stuttgart: Aktionstag „8. Dezember 2002“ Motto: „No, Bush! No war! – Don't attack Iraq, Wir widersetzen uns!“ an der US-Amerikanischen Kommandozentrale EUCOM [<http://www.eucom.mil>], Stg-Vaihingen, VA: DFG-VK BaWü, Ohne Rüstung Leben (ORL), EUCommunity, Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) mit Unterstützung von Clemens Ronnefeldt (Referent für Friedensfragen, Versöhnungsbund) Kontakt: LV Baden-Württemberg der DFG-VK, Haußmannstr. 6, 70188 Stuttgart, Tel.: 0711/2155112, Fax: 0711/2155214. E-Mail: Ba-Wue@dfg-vk.de

12.-15. Dezember, Kopenhagen: EU-Gipfel

14. Dezember, Kopenhagen: Großdemo beim EU-Gipfel

2. bis 5. Januar, Sondershausen: Linke Winterschule

2. Februar 2003: Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen

7.-9. Februar 2003, München: NATO-“Wehrkundetagung“

2. März 2003: Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

28.-30. März, Frankfurt: IPPNW-Mitgliederversammlung, Frankfurter Bürgertreff Guteleut. Kontakt: IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166. E-Mail: ippnw@ippnw.de Internet: <http://www.ippnw.de>

1.-3. Juni 2003, Evian: G7/G8 Gipfel in Evian, Frankreich

Wege aus Krieg und Gewalt

Bundesweiter und internationaler Friedensratschlag

7./8. Dezember 2002 in Kassel

Soziale Gerechtigkeit – statt neoliberaler Globalisierung

Gleichberechtigte Kooperation – statt weltweitem Vormachtstreben

Gerechter Frieden – statt permanentem Krieg

Der diesjährige „Friedenspolitische Ratschlag“ fällt in eine Phase zugespitzter weltpolitischer Auseinandersetzungen. Seit Monaten bereiten die USA in aller Öffentlichkeit einen neuen Krieg gegen den Irak vor, einen Krieg, der nach Meinung vieler Experten verlustreicher, grausamer und folgenreicher sein würde als die voraus gegangenen Kriege gegen Jugoslawien (1999) und gegen Afghanistan (2001 bis heute). Es ist wohl nur mit der einzigartigen ökonomischen, politischen und militärischen Stellung der USA in der Welt zu erklären, dass die US-Regierung diesen Krieg gegen den Rat (fast) aller ihrer Verbündeten, gegen die Überzeugung (fast) aller Staaten der Welt und gegen den Willen der großen Mehrheit der Menschen in aller Welt zu führen entschlossen ist.

Die Vereinten Nationen und mit ihr die Menschheit scheinen an einem Wendepunkt ihrer Geschichte angekommen zu sein. Kofi Annan hat in seiner Rede zur Eröffnung der letzten Generalversammlung der VN auf die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts aufmerksam gemacht: Die Welt muss sich entsprechend dem Völkerrecht und der Charta der VN zu einem multilateralen System gleichberechtigter Staaten entwickeln. Damit wird jedem Unilateralismus, wie er von den USA zur Zeit gepflegt wird, eine Absage erteilt. Eine der wichtigsten Aufgaben für die Staatengemeinschaft muss demnach sein, das gegenwärtige Machtgefälle zwischen USA und UNO wieder zugunsten der UNO zu verschieben. Andernfalls droht ein Rückfall in Zeiten, wo nicht die Stärke des (Völker-)Rechts, sondern das Recht des Stärkeren gegolten hat. Wie bei den vorhergehenden "Ratschlägen" bietet das diesjährige Programm eine breite Palette friedenspolitisch interessanter und aktueller Themen. Bei Bedarf besteht die Möglichkeit, Ad-hoc-Arbeitsgruppen zu installieren.

Tagungsort: Universität Kassel,

Standort Wilhelmshöher Allee 73

Näheres: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/rat/2002/programm.html>